Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle Lerchenfeldstraße 14

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 10648 Fritz Kroh Halle

Einzelpreis 15 Pf. — Halle, Donnerstag, den 7. Januar 1926 — 6. Jahrgang ★ Nr. 5

Ein Schritt vorwärts gegen das Fürstenpack

Ausschuß zur Durchführung eines Volksentscheids für die entschädigungslose Fürstenenteignung — Beteiligung zahlreicher politischer und kultureller Organisationen — Nur SPD.- und ADGB.-Instanzen machen weiter mies

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 7. Januar.**

In einer am 6. Januar stattgefundenen Konferenz, die von zahlreichen politischen und kulturellen Organisationen beschickt war, wurde ein Ausschuß zur Durchführung eines Volksentscheids über die Fürstenabfindung eingesetzt. Die Konferenz einigte sich im Prinzip auf einen Gesetzentwurf, der die entschädigungslose Enteignung der gesamten Fürstenvermögen verlangt. Die landwirtschaftlichen Güter sollen zur Behebung der Landwirtschaftskrise verwandt werden, Bergwerke an die Länder übergehen, die Schlösser zu Genesungsheimen, Kinderheimen und Erziehungsanstalten und die Barvermögen zur Erhöhung der Unterstützung für die Kriegsopfer verwendet werden. Der Gesetzentwurf verlangt Nichtigkeitserklärung aller nach dem 11. November 1918 getroffenen Verträge, Vergleiche und Urteile. Zustimmungserklärungen sind an den Vorsitzenden des Ausschusses Dr. Kuczinsky, Berlin, Wilhelmstraße 48, zu richten.

★

Durch die Einsetzung dieses Ausschusses ist der erste entscheidende organisatorische Schritt in der Richtung der Durchführung eines Volksentscheides für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten gemacht worden. Zu derselben Zeit, wo auf die Initiative der KPD. dieser wichtige Schritt unternommen worden ist, **kennen die SPD.-Instanzen nur Miesmacherei.** Nachdem die Dittmann, Scheidemann und Konsorten es angesichts der Stimmung der breitesten Massen der sozialdemokratischen Arbeiter für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten nicht wagen können, offen gegen den Volksentscheid aufzutreten, versuchen sie, **ihr Ziel der Fürstenabfindung, d. h. der Zuwendungen an die Fürsten in einer bestimmten Form entsprechend dem bürgerlich-demokratischen Antrag, auf Schleichwegen zu erreichen.** Dieser Defaitismus besteht darin, daß man so pessimistisch **wie nur irgendmöglich** die Schwierigkeiten eines Volksentscheides **schildert,** um möglichst **die Stimmung der sozialdemokratischen Mitglieder zu dämpfen,** um so die dem Volksentscheid so gefährliche passive Haltung breiter Mitgliedermassen zu erreichen.

Entsprechend der rechten Einstellung des **„Volksblattes"** in Halle ist es ganz selbstverständlich, daß sich dieses Blatt der Großen Koalition unbesehen alle Argumente Dittmanns, die wir gestern eingehend kritisiert haben, zu eigen macht. Und auch der „linke" Zeitzer **„Volksbote"**, der sonst nicht radikal genug gegen das Fürstenpack wettern konnte, ist plötzlich ganz kleinlaut und **druckt den Abwieglungsversuch des sozialdemokratischen Parteivorstandes,** der eine Warnung an die sozialdemokratischen Arbeiter, für den Volksentscheid einzutreten, aufzufassen ist, **ohne ein Wörtchen der Kritik ab.**

Gegenüber diesem sozialdemokratischen Pessimismus, der, praktisch gesehen, **nur dem Fürstenraubzug zugute kommt,** ist es notwendig, mit aller Schärfe

Die positiven Seiten der Durchführung eines Volksentscheides für das Gesamtproletariat

hervorzuheben.

Wir fragen zunächst die sozialdemokratischen Arbeiter: Ihr, die ihr die Mitglieder einer Partei von einer Million seid, die sogar bei den Wahlen bis zu **6 Millionen Stimmen** aufbringt, Ihr solltet nicht in der Lage sein, gemeinsam mit der Kommunistischen Partei und vielen anderen republikanischen und pazifistischen Verbänden den Volksentscheid für die Enteignung der Fürsten durchzuführen? Herrschen nicht bis zum heutigen Tage sozialdemokratische Führer in der Leitung der freien Gewerkschaften, die mit einer Macht von Millionen aufmarschieren könnten? Ist es nicht eine Tatsache, daß über die freigewerkschaftlich organisierten Massen hinaus auch die christlichen Arbeiter für den Volksentscheid eintreten würden und sogar **große Gruppen des Kleinbürgertums,** so die unteren Beamtenschichten und vor allem auch die betrogenen Sparer und Rentner, die besonders empört sind über die Aufwertung und Entschädigung für die Fürstenhäuser?

Wozu also die ganze Miesmacherei. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen sich klar sein: Nur deswegen, weil man von seiten der SPD.-Instanzen sich durch diese unbequeme Volksentscheidungsgeschichte nicht den Weg zur Großen Koalition mit der monarchistischen Volkspartei vermauern will.

Dabei ist es für jeden, der marxistisch denkt, vollkommen klar, daß eine Aktion für den Volksentscheid ohne weiteres **der proletarischen Massenbewegung in Richtung einer Einheitsfront einen ungeheuren Impuls** geben würde. Es ist ganz selbstverständlich, daß **die Macht und die Mitgliederzahl der Gewerkschaften,** falls diese mit aller Konsequenz für den Volksentscheid eintreten würden, **gestärkt** werden müßten. Wenn ein Dittmann erklärt, die Kräfte der Arbeiterklasse dürften nicht ausschließlich auf ein Ziel, nämlich auf den Volksentscheid, konzentriert werden, sondern sie müßten auch für andere wichtige Dinge aufgespart werden, so ist das auch nur ein Verlegenheitsgestammel. In Wirklichkeit würde die durch die Durchführung des Volksentscheides sich entwickelnde proletarische Kampffront gerade **durch die zu entfaltende Aktivität selbst auch auf alle anderen proletarischen Aufgaben gestoßen werden.**

Und schließlich, sollte trotz alledem der Volksentscheid negativ ausfallen, dann wäre das noch lange keine Blamage, sondern **auch in diesem Falle noch steht ein Plus ohne weiteres auf seiten des Gesamtproletariats.** Erstens schon deswegen, weil die Massen im gemeinsamen Kampf nähergekommen und so **die Vorbedingungen für die Weiterentwicklung der Einheitsfront des deutschen Proletariats gegeben wären und zweitens deswegen,** weil gewisse Illusionen der Massen, besonders der sozialdemokratischen Arbeiter, alles Heil von der Demokratie zu erwarten, zerstört und sich positiv auswirken würden in der Richtung, daß sie um so schärfer **gegen jede Koalitionspolitik** auftreten, um so zielbewußter den Grundsatz verfechten würden: **Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein!**

Trotz aller Sabotageversuche der sozialdemokratischen Führung, die Kommunistische Partei wird fest bleiben in ihrer Absicht, den Volksentscheid für entschädigungslose Fürstenenteignung durchzuführen. Sie ist fest davon überzeugt, daß die Massen weit über die kommunistischen Parteigrenzen hinaus dem kommunistischen Ruf Folge leisten werden. Und sollte sie unterliegen, so wird das eine sehr ehrenvolle Niederlage sein und die Schuldigen an der Niederlage wird die gesamte deutsche Arbeiterschaft nur sehen in den sabotierenden Instanzen der SPD. und des ADGB.

Die Kommunistische Partei erbringt so praktisch den Beweis, daß sie die einzige Arbeiterpartei ist, die wirklich gegen den Monarchismus und die Reaktion kämpft.

Versteigerung von Juwelen der Zarenfamilie

Eine Milliarde Goldmark wird flüssig gemacht für die russische Arbeiter- und Bauernschaft

(TU.) **Paris, 5. Januar.**

Nach einer Meldung der Agentur Fournier, wird die Sowjetregierung in dieser Woche die Juwelen der Zarenfamilie, die auf 250 Millionen Dollar geschätzt werden (Das ist über eine Milliarde Goldmark. D. Red.) zur Versteigerung bringen. Unter den Edelsteinen befindet sich auch der berühmte 193karätige Brillant „Orlow". Rockefeller hat seinen Agenten bevollmächtigt, an der Auktion teilzunehmen.

*

Die Abfindung des Zaren Nikolaus mit Blei hat auf der anderen Seite zur Folge gehabt, daß sich die russische Regierung die Abfindung in Gold, Juwelen und Ländereien, wie sie bei uns üblich gewesen ist, hat ersparen können. Während sozialdemokratische Minister 64 Möbelwagen mit dem Kronschatz und mit kostbaren Gemälden und Möbelstücken nach Amerongen sandten, ist nunmehr die russische Regierung in der Lage, einen Teil des Kronschatzes im Auslande zu versteigern und das dadurch flüssig gewordene Geld der russischen Volkswirtschaft und dem Ausbau des sozialistischen Staatswesens zur Verfügung zu stellen. Diese Tatsache muß ein neuer Impuls für die gesamte werktätige Masse werden, stärker noch als bisher ihre Stimme zu erheben und stürmisch zu fordern: Her mit dem Volksentscheid für restlose Enteignung der Fürsten.

Der Kampf in der SPD. um die Große Koalition

Die Führer als Einpeitscher — Die Arbeiter als Widersacher

Halle, den 7. Januar 1926.

Der Wettlauf zwischen den führenden Funktionären der SPD. für die Große Koalition und der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gegen die Große Koalition ist in ein entscheidendes Stadium getreten.

Wie wir schon vor wenigen Tagen berichtet hatten, sind die Einpeitscher der Großen Koalition innerhalb der SPD. eifrig bei der Arbeit, um die Mitgliedermassen durch Leitartikel und Funktionärversammlungen von den Segnungen der Großen Koalition zu überzeugen. **Scheidemanns** vielbesprochener Neujahrsgruß wird überall wieder in der SPD.-Presse aufgewärmt. **David** läßt weitere Leitartikel in der schwäbischen „Tagwacht", dem Organ der SPD. für Württemberg, erscheinen und heimst sich hierfür das Lob des Zentralorgans des Zentrums, der „Germania", ein, die David „eine der fähigsten Persönlichkeiten der Sozialdemokratie nennt." **Schöpflin** orakelt im „Karlsruher Volksfreund" weiter für die Notwendigkeit einer Großen Koalition und als neue Sensation läßt sich das „Berliner Tageblatt" vom Oberpräsidenten von Hannover, **Gustav Noske,** ein Pressetelegramm für die Große Koalition übermitteln, worin dieser also orakelt:

„Wenn zurzeit auch noch keinerlei Grund zu einer von den Rechtskreisen so erwünschten Verhängung des Belagerungszustandes besteht, **so könnte eine endgültige ablehnende Haltung der Partei doch** den Befürwortern der Verhängung des Belagerungszustandes **das Geschäft erleichtern."**

Das ist die Stimme des „Fachmanns", wie ihn die nationalistische „Deutsche Zeitung" nennt, die wahrscheinlich nicht gerne andere das tun und ausführen sieht, was man selbst so „ausgezeichnet" durchzuführen verstanden hat. Noskes Eintreten für die Große Koalition entspringt nicht nur seinem Temperament und Gemüt, das immer dabei sein will, **wenn es gegen die Arbeiterschaft schießt und kracht,** sondern diesmal entspringt sein Wille zur Großen Koalition zweifellos auch den Wünschen, die Braun-Severing-Regierung, mit der er als Oberpräsident auf Gedeih und Verderb verbunden ist, zu halten und sie vor dem Sturz zu bewahren. Aus den gleichen Gründen wie Noske äußert sich auch die Magdeburger „Volksstimme", das Organ des Herrn Hörsing, wenn sie schreibt:

„Wir halten den Versuch, die auf uns lastenden Nöte und Schwierigkeiten **durch Kampf und Streit innerhalb der Regierung für mutiger und aussichtsreicher, als das Beziehen einer Stellung außerhalb der Regierung,** die nach Lage der Dinge nur eine halbe Kampfstellung sein könnte."

Das gestrige „Berliner Tageblatt" stellte zusammenfassend fest:

„In der Zwischenzeit dürften die **für die Große Koalition eintretenden Stimmen innerhalb der Sozialdemokratie an Zahl wie an Gewicht gewonnen haben.** Es liegt ja auch auf der Hand, welch große Verantwortung die Sozialdemokratie auf sich lädt, wenn sie sich dem Eintritt in die Regierung entzieht, eine Verantwortung, die sich möglicherweise **nicht auf das Reich beschränkt,** sondern die auch **auf Preußen übergreifen kann."**

Es ist selbstverständlich, daß die sozialdemokratischen Führer wissen, daß eine Regierung der Großen Koalition diesmal unter ungünstigeren Bedingungen für die SPD. vor sich gehen wird, als dies hätte vor Weihnachten geschehen können. Herr **Luther** wird diesmal aller Voraussicht nach mit einer Regierungsbildung beauftragt werden und nicht mehr Herr **Koch.** Die neuesten Meldungen besagen bereits, daß Hindenburg in den nächsten Tagen Luther mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragen wird.

In der sozialdemokratischen **Arbeiterschaft** hat diese erneute Kampagne für die Große Koalition **keine Gegenliebe** gefunden. **Hermann Müller** referierte Montagabend vor den Berliner Funktionären der SPD. und den freien Gewerkschaften über die Regierungslage und streckte seine Fühler aus, wie sich die Funktionäre der SPD. und der Gewerkschaften Berlins im Falle der Bildung einer Großen Koalition verhalten würden. Hermann Müller hat sich das erstemal vor den Berliner Funktionären seiner Partei und der Gewerkschaften **eine mächtige Niederlage** geholt. Die Resolution **Rosenfelds** wurde nach langer, stürmischer Debatte mit **überwältigender Mehrheit** angenommen, die besagt, daß die **Berliner** Funktionäre der SPD. und der Gewerkschaften die **Ablehnung der Großen Koalition vor Weihnachten gutheißen** und verlangen, daß **jedes erneute Koalitionsangebot zum Zweck der Großen Koalition strikte abgelehnt werden müsse. Diese Resolution, die ein erfreuliches Zeichen für den Radikalisierungsprozeß der Berliner Arbeiterschaft** darstellt, bleibt trotzdem **auf halbem Wege stehen,** denn sie vermerkt

Massen heraus!

zu den Kundgebungen bzw. Demonstrationen für Volksentscheid auf entschädigungslose Fürstenenteignung

am Sonnabend, dem 9. Januar, in **Altranstädt** und **Zscherben** — am Sonntag, dem 10. Januar, in **Zeitz, Alsleben, Lützen, Kelbra, Hettstedt, Wittenberg, Düben, Ammendorf, Leimbach** und **Ramsin** — am Dienstag, dem 12. Januar, in **Delitzsch.**

(Nähere Bekanntmachungen erfolgen noch)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260107-13/fragment/page=0001

nicht, daß einer erneuten Ablehnung der Großen Koalition auf dem Fuße zu folgen hat die Ablehnung der kommenden Regierung durch die Reichstagsfraktion der SPD. und die Sammlung der Arbeiterschaft auf parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampfboden.

Diesen Margel der Berliner Resolution verspürt auch die Frankfurter „Volksstimme" vom 5. Januar, wenn sie schreibt:

„Der Beschluß der Berliner Funktionäre besagt leider nichts zur Frage der Unterstützung einer Regierung der Mitte, die Genosse Müller in den entscheidenden Fragen der Außenpolitik schon in Aussicht zu stellen für möglich hält."

Der „Vorwärts" dagegen kommentiert den Beschluß der Berliner Funktionäre mit folgenden Worten:

„Zusammenfassend kann man sagen, daß dieser Beschluß von der demokratischen und Zentrumspresse mit starkem Unbehagen und von der Rechtspresse mit höhnischer Freude kommentiert wird."

Mit diesem letzten Satz sagt der „Vorwärts" den Berliner Funktionären nichts anderes, als was er sonst der KPD. zu sagen beliebt. Seht, die Rechten freuen sich, also seid Ihr „Steigbügelhalter der Reaktion". Wenn die Arbeiter ernsthaft beginnen, sich gegen die Bourgeoisie zu stellen, sind sie für den „Vorwärts" eben „Steigbügelhalter der Reaktion".

Schärfer noch als die Berliner Funktionäre hat der Unterbezirk Plauen Stadt und Land seiner scharfen Ablehnung gegen die Große Koalition Ausdruck gegeben. Dort fanden in den letzten Tagen fünf Funktionärsitzungen statt, die sich mit der Frage der Großen Koalition, der Fürstenabfindung und der Landtagsauflösung in Sachsen beschäftigen. Die „Volkszeitung" für das Vogtland vom 5. Januar berichtet darüber:

„Die fünf Konferenzen brachten den einmütigen Willen, der Träger der Partei im UB. Plauen Stadt und Land zum Ausdruck, der die entschiedene Ablehnung der Koalition fordert und von der Parteiführung eine klare proletarische Politik in und außerhalb des Parlaments verlangt, die allein geeignet ist, das Vertrauen der Arbeitermassen zur sozialdemokratischen Partei wieder zurück und neu zu erobern.... Ein Antrag des Bezirksvorstandes, der die Herbeiführung des Volksentscheids zur Fürstenabfindung fordert, wurde lebhaft unterstützt."

So stehen also auf der einen Seite die koalitionslüsternen Machinationen der prominenten SPD.-Führer, auf der anderen Seite die sozialdemokratischen Arbeiter, die durchaus nichts wissen wollen von den „Segnungen" der Großen Koalition. Wer das Weiterrennen gewinnen wird, steht heute noch nicht fest. Die SPD.-Arbeiterschaft wird jedenfalls alles aufbieten müssen, um die erneuten Pläne zur Großen Koalition zu zerschlagen und die Politik des Parteivorstandes der SPD. zu durchkreuzen. Allen Drohungen und Argumenten der SPD.-Führer müssen immer wieder entgegengehalten werden die langjährigen Erfahrungen, die die Arbeiterschaft mit der Koalitionspolitik gemacht hat, muß immer wieder entgegengehalten werden, daß jede Besserung für die Lage der Arbeiter nicht in Koalitionen, sondern im unmittelbaren Kampf errungen worden ist und daß der Weg für die Besserung der Lage der Arbeiterschaft lediglich darin bestehen kann, daß die größtmögliche Anzahl der Massen zusammengefaßt wird für die Erfüllung unmittelbarer Tagesforderungen. Die Ablehnung der Großen Koalition durch die sozialdemokratische Arbeiterschaft bringt uns einen Schritt näher zur kämpfenden Einheitsfront des Proletariats. Darum sind die kommunistischen Sympathien selbstverständlich auf seiten der sozialdemokratischen Arbeiter. Fällt die Große Koalition durch die sozialdemokratischen Arbeiter, dann wird es auch leichter möglich sein, die entscheidenden Schritte zu tun, um zum Volksentscheid gegen die Fürstenabfindungen zu kommen. Gewinnt einmal die sozialdemokratische Arbeiterschaft wieder Zutrauen zu sich selbst und zu ihrer Kraft, erringt sie durch das Selbstbewußtsein der proletarischen Klasse den Stillstand der reaktionären Mächte oder darüber hinaus eine Niederlage der Reaktion, dann werden viele Widerstände beseitigt sein, die heute noch ein Zusammengehen sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter so schwer machen.

Drei Millionen Arbeitslose!

In der Zeit vom 1. bis 15. Dezember hat sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Erwerbslosenfürsorge von 673 315 auf 1 057 031, d. h. in 14 Tagen um rund 57 Prozent erhöht. Für die zweite Dezemberhälfte, für die die Zahlen noch nicht veröffentlicht sind, wird eine weitere Steigerung von 12 bis 15 Prozent erwartet. Da die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger nur ungefähr ein Drittel der tatsächlich Arbeitslosen beträgt, sie muß gegenwärtig mit mit einer Erwerbslosigkeit von weit über 3 Millionen gerechnet werden, also

jeder vierte industrielle Arbeiter ist gegenwärtig arbeitslos.

Hierzu kommt noch die große Anzahl der Kurzarbeiter, die ebenfalls mehrere Millionen beträgt, so daß es gegenwärtig in Deutschland kaum eine Arbeiterfamilie gibt, die durch die Wirtschaftskrise nicht mehr oder weniger unmittelbar getroffen wird.

Es ist schwer, in Worten wiederzugeben, welches Maß von Not und Elend diese Riesenziffern zum Ausdruck bringen. Aber ebenso schwer ist es zu begreifen, welche Unsumme von Fehlern und Versäumnissen der Gewerkschaftsleitungen vorangehen mußte, um die deutsche Arbeiterschaft in solch elende Lage zu manövrieren. Den deutschen Proleten wird es heute mit der Hungerpeitsche demonstriert, daß der Privatbesitz an den Produktionsmitteln, den die Größen vom ADGB. als eine so unabänderliche und „gottgegebene" Tatsache darstellen, das schwerste Hemmnis für die Entfaltung der Produktivität und die Wurzel aller Krisen und Stürme ist, die das deutsche Wirtschaftsleben schon seit Jahren erschüttern.

Es wird Zeit, daß die Massen der Gewerkschaftsmitglieder die Konsequenz aus diesen Erfahrungen ziehen und ihren Organisationen eine Führung schaffen, die das Uebel bei der Wurzel packt und dafür eintritt, daß die Verfügung über die Produktionsmittel dem Privatkapital entrissen wird, die für ihre Verstaatlichung eintritt und eine planmäßige Zusammenfassung und Wirtschaftsführung nach den Interessen der Gesamtheit unter Kontrolle der Arbeiterschaft durchsetzt. Daher muß jeder revolutionäre Arbeiter durch seinen Eintritt und seine Mitarbeit in den freien Verbänden die Wiederherstellung des revolutionären Klassenkampfgeistes mit erkämpfen helfen. Wenn die Hunderttausende revolutionärer Arbeiter die Arbeit in den freien Gewerkschaften aufnehmen, dann werden sie die Wiederherstellung dieser wichtigen proletarischen Waffe gewaltig beschleunigen helfen.

Das Reichswehrministerium faschistischer Geldgeber

Die Berliner „Welt am Abend" setzt ihre Enthüllungen über die völkischen Putschpläne im Reichswehrministerium fort. Sie berichtet, daß Herr v. S. (Sievers) im Laufe des Sommers 1925 mehrfach kleinere Beträge von insgesamt 100 000 Mark vom Reichswehrministerium für die völkischen Putschzwecke erhielt. Der russische Monarchist Graf Kabolin, der mit seinen Gönnern dem Reichswehrministerium Garantie leistete, erhielt eine Ikonikon von 10 000 Mark ausgezahlt. Herr v. Sievers machte den Großfürsten und Zarenkandidaten Cyrill mit seinen Plänen bekannt und erbot sich, nach Errichtung der Militärdiktatur militärische Kräfte gegen Sowjet-Rußland zur Verfügung zu stellen. Cyrill wollte ihm einen Teil der Geldmittel geben, die ihm von amerikanischer Seite für den Sturz des Sowjetsystems angeboten worden seien. Diese Verhandlungen wurden aber nicht zu einem Ergebnis gebracht.

Die Hilfe für die Partei ist die Hilfe für Dich selbst

Herrn v. Auer gelang es, ein festes Projekt zwischen dem Reichswehrministerium und den Völkischen und den Großagrariern zu vereinbaren. Das Reichswehrministerium sollte bis zum 1. April 1926 eine weitere Summe von 200 000 Mark zahlen. Dafür sollten außer in Königsberg auch in München und Hamburg Fabriken auf Munitions- und Waffenherstellung umgestellt werden. Die Industrie und der Großgrundbesitz sollten sich beteiligen. Die Putschvorbereitungen sollten bis zum Spätherbst 1926 beendet sein.

Gewerkschaften und Kommunen für Fürstenenteignung

(Eig. Drahtm.) Berlin, 7. Januar.

Eine Funktionärversammlung der Zahlstelle Berlin des Zentralverbandes der Schuhmacher nahm einstimmig eine Resolution an, in der SPD., KPD. und ADGB. aufgefordert werden, für den Volksentscheid auf entschädigungslose Fürstenenteignung einzutreten. Ähnlich lautende Resolutionen wurden vom Gewerkschaftskartell Erfurt und von der Generalversammlung des DMV. Weimar gefaßt.

*

Der Ortsausschuß Limbach (Sachsen) des ADGB. nahm einstimmig eine Resolution an, die Herbeiführung eines Volksentscheids zur Enteignung der Fürsten fordert und ein Aktionsprogramm zum Kampf gegen die Abwälzung der Folgen der Wirtschaftskrise auf die Arbeiterschaft aufstellt.

*

Eine Mitgliederversammlung des DMV. in München-Gladbach nahm einstimmig mit den Stimmen der sozialdemokratischen Mitglieder eine Resolution gegen die Fürstenabfindung an, in der ADGB., SPD. und KPD. zu gemeinsamer Aktion zur Herbeiführung der restlosen Enteignung auf dem Wege des Volksentscheids aufgefordert werden.

*

Eine Generalversammlung der Zahlstelle der Bäcker und Konditoren in Gotha forderte in einer Entschließung die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Sie forderte vom ADGB. und den Reichstagsfraktionen der SPD. und KPD. die Einleitung des Volksentscheids.

Die Annahme dieser Resolution erfolgte einstimmig.

*

Hamburg, 6. Januar.

Die gestrige Kollegialsitzung in Kiel nahm einen Antrag der kommunistischen Fraktion auf entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser mit den Stimmen der SPD. und der Mittelfraktion an.

*

Die Zahl der Gemeindevertretungen, die von der Regierung entschädigungslose Enteignung fordern, nimmt täglich zu. Von den in den letzten Tagen angenommenen Resolutionen sind bemerkenswert die der Stadtverordnetenversammlung von Wald in Westfalen sowie der Gemeindevertretungen in Schönfels und Kottluff in Sachsen, wo kommunistische Anträge mit den Stimmen der SPD. zur Annahme gelangten.

Das „Volksblatt" gegen Schwarzrotgold

Aber aus ungewollter Dummheit

In dem Bericht des „Volksblatt" über die vorgestrige Reichsbannerkundgebung im „Volkspark" lesen wir einen Satz, den wir jedem sozialdemokratischen Arbeiter angelegentlich zum Nachdenken empfehlen. Nachdem das „Volksblatt" bekanntgemacht hat, daß der Genosse Lademann die Bemerkung hat fallen lassen, daß die drei republikanischen Parteien zusammen mit der KPD. ja doch im Reichstag ohne weiteres die restlose Enteignung der Fürsten durchführen könnten, fährt es fort:

„Eine wirklich naive Auffassung, zu glauben, daß die Demokraten, und uns besonders die Zentrumspartei, für einen solchen Antrag zu haben wären."

Ob der betreffende Redakteur, der diese Sache geschrieben hat, wirklich nicht gemerkt hat, daß er der gesamten bisherigen Koalitionspolitik der SPD. und dem Beitreten des „Volksblattes", jetzt erneut in eine Große Koalition zu gehen, eine schallende Ohrfeige versetzt?

Wer war es denn, der bis zum heutigen Tage immer wieder den sozialdemokratischen Arbeitern die schwarzrotgoldene Ideologie beigebracht hat, als ob es möglich sei, zusammen mit bürgerlichen Demokraten und Zentrumsleuten proletarische Interessen zu vertreten? Etwa die KPD. oder nicht vielmehr gerade das „Volksblatt".

Das „Volksblatt" hat also hier, ohne daß die Redakteure in ihrer Dummheit es gemerkt haben, seiner eigenen politischen Grundlage den Boden entzogen.

Wenn der Genosse Lademann den vom „Volksblatt" zitierten Satz geprägt hat, so ist es ganz selbstverständlich, daß er es nur getan hat, um vor der Masse der sozialdemokratischen Arbeiter zu beweisen, daß sie auf einer falschen Frontseite stehen, wenn sie weiter sich den schwarzrotgoldenen Illusionen der bürgerlichen Demokratie hingeben. Der Sinn der Ausführungen des Genossen Lademann war der, daß er sagen wollte:

Ihr schwört immer wieder zur Weimarer Koalition, wir Kommunisten sind bereit, da wir zusammen mit dieser Weimarer Koalition die absolute Mehrheit im Reichstag haben, sie zu unterstützen, wenn sie nur proletarische Politik betreiben will. Aber wir Kommunisten sagen Euch von vornherein, daß, wenn auch nur der Gedanke daran aufkauscht, die ganze Weimarer Koalition im Augenblick in ihre Einzelbestandteile zerfällt. Wodurch der Beweis geliefert wird, daß nur eine Klassenfront des Proletariats für die Arbeiterschaft etwas erreichen kann.

Wir freuen uns, daß die „Volksblatt"-Redakteure in ihrer Dummheit uns bei dieser unserer Beweisführung so glänzend unterstützt haben. Herzlichen Dank!

Für Kriegsbeschädigte und Kriegerwaisen

Fürstenenteignung in Oesterreich

Die sozialdemokratische „Volksstimme" in Chemnitz veröffentlicht am 5. Januar einen Artikel des ehemaligen österreichischen Staatskanzlers Renner, in dem dieser einen kurzen Ueberblick über die „Fürstenabfindung" in Oesterreich gibt. Dort wurde sofort am 12. November 1918 im ersten Verfassungsakt erklärt, daß alle Rechte des Kaisers auf den Staat übergehen, alle Gesetze, die dem Monarchen und seiner Familie Vorrechte geben, seien aufgehoben und die Uebernahme der Krongüter werde durch besonderes Gesetz geregelt.

Am 3. April 1919 beschloß die Nationalversammlung die Landesverweisung aller Mitglieder des Hauses Habsburg-Lothringen:

„§ 2: Im Interesse der Sicherheit der Republik werden die ehemaligen Träger der Krone und die sonstigen Mitglieder des Hauses Habsburg-Lothringen, diese, soweit sie nicht auf ihre Mitgliedschaft zu diesem Hause ausdrücklich verzichten und sich als getreue Staatsbürger der Republik bekannt haben, des Landes verwiesen.

§ 5: Die Republik Oesterreich ist Eigentümerin des gesamten in ihrem Staatsgebiet befindlichen beweglichen und unbeweglichen hofärarischen, sowie des für das früher regierende Haus oder für eine Zweiglinie desselben gebundenen Vermögens."

Als hofärarisch gilt Vermögen, das von Hofstäben und deren Aemtern verwaltet wurde. Es wird völlig entschädigungslos enteignet. Ebenso das „gebundene", worunter Lehensgut oder Fideikommiß verstanden wird.

Ueber die Verwendung des enteigneten Vermögens bestimmt

„§ 7: Das Reinerträgnis des auf Grund dieses Gesetzes in das Eigentum der Republik Deutschösterreich gelangenden Vermögens ist — nach Abzug der dem Staate mit der Uebernahme dieses Vermögens verbundenen Lasten — zur Fürsorge für die durch den Weltkrieg in ihrer Gesundheit geschädigten oder ihres Ernährers beraubten Staatsbürger zu verwenden."

Um nun aber auch in bezug auf das nicht enteignete „Privatvermögen" etwas Klarheit zu schaffen, bestimmte ein Gesetz vom 30. Oktober 1919, daß auch als hofärarisches Vermögen gilt, was von den Hofstäben und deren Aemtern aus Mitteln der Zivilliste angeschafft wurde, womit in erster Linie wertvolle Kunstsammlungen für den Staat gerettet wurden. Im übrigen entschieden besondere Gesetze über jedes einzelne Stück, das den Habsburgern belassen wurde und verriegelten jegliche gerichtliche Auseinandersetzung. Zum Schlusse seines Artikels schreibt Renner:

„Die junge Republik hat sich also keineswegs beifallen lassen, dieser Familie für ihre so unheilvolle geschichtliche Rolle oder gar für das an diese Rolle gebundene Vermögen eine Abfindung zu leisten."

Wenn nun auch diese Regelung noch lange nicht an die der russischen Arbeiterrevolution heranreicht, so bedeutet sie doch gegenüber dem geradezu kläglichen Versagen der Machthaber in der deutschen Republik einen Fortschritt. Der Abdruck dieses Artikels in dem Chemnitzer SPD.-Blatt zeigt, wie stark der Wille der sozialdemokratischen Arbeiter zur entschädigungslosen Enteignung der deutschen Potentaten ist. Dieser Wille muß seinen Ausdruck finden in der machtvollen Kundgebung für einen Volksentscheid gegen jegliche Abfindung aller früheren deutschen Fürsten.

Der Rückzug perfekt?

Eisenbahner, handelt!

Am 29. Dezember wurde der berüchtigte Schiedsspruch für die Arbeiter der Reichsbahn gefällt. Bis heute haben die am Tarif beteiligten Gewerkschaften, insbesondere der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands noch mit keinem Wort hierzu Stellung genommen. Nur der „Vorwärts" suchte die Eisenbahner festzulegen dadurch, daß er nach einer billigen Kritik des Schiedsspruches folgendes schrieb:

„Sie (die Reichsbahnverwaltung) darf ihre Arbeiter sicher nicht derart unterschätzen, als seien sie einfältig genug, ihrer Empörung über diesen Schiedsspruch samt allen übrigen Provokationen jetzt in einem allgemeinen Streik Luft zu machen."

Dies war mit oder ohne Zustimmung der Verbandsleitung, die dieser unerhörten Auffassung nicht entgegentrat, deutlich genug.

Noch deutlicher aber kommt die Meinung der Verbandsleitung zum in folgendem Rundschreiben der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft, die durch ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Berufsverbund in einem Kartellverhältnis zum Eisenbahnerverband steht, zum Ausdruck. Dieses Rundschreiben lautet:

„Am 29. Dezember ist im Reichsbahnkonflikt ein Schiedsspruch gefällt worden, wonach für alle Arbeiter nach dem 24. Lebensjahr in allen drei Lohngebieten der Grundlohn in den Lohnstufen 1 bis 5 um 1 Pfennig und 6 bis 7 um 2 Pfennig erhöht wird. Wir haben uns an das Reichspostministerium gewandt mit der Frage, ob man ohne Kündigung des Tarifvertrages die Auswirkung dieses Schiedsspruches auch auf die Reichspost übertragen würde. Das Reichspostministerium hat das zugesagt. Bei der gegenwärtigen Geschäftslage, wo wir in Deutschland zirka 1½ Millionen Arbeitslose, ein paar Millionen Kurzarbeiter haben, würde auch durch eine Kündigung des Tarifvertrages nicht der zu denken sein, mehr herauszuholen, als wie den Eisenbahnern in nach ½jähriger Verhandlung durch den Schiedsspruch zugestanden worden ist. Daß kommt noch, daß wir an vielen Orten mit unserem Lohn über dem der Reichsbahn liegen. (!) Wir haben deshalb, nachdem wir vom Reichspostministerium eine Zusagung der Uebertragung dieses Schiedsspruches erhalten haben, von einer Kündigung des Tarifvertrages zum 31. Januar abgesehen. Für die Reichsarbeiter trifft dasselbe zu."

Diese unerhörte Stellungnahme der Postgewerkschaftsführer scheint auch die Billigung des Hauptvorstandes der Eisenbahner gefunden zu haben. Ohne dessen Zustimmung hätte Bender dieses Rundschreiben nicht verschickt und das Ersuchen an den Postminister gerichtet.

Das Rundschreiben deckt die ganze Unfähigkeit der Rückzugstrategen in den freien Gewerkschaften auf. Anstatt gerade die Gruppe von Proletariern, die von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verschont ist und ihrer Stellung nach verschont bleibt, zum Kampf gegen die unerhörte Lohnpolitik der Regierung und Unternehmertums Feld zu führen, versteckt man sich hinter dem Heer der Arbeitslosen. Und dies, nachdem selbst die „Gewerkschaftszeitung" in ihrer Nr. folgendes gegen die Lohnpolitik der Regierung forderte:

„Also: Zusammenfassung aller Arbeitnehmer zur gemeinsamen Front, Aufstellung einheitlicher Forderungen, gemeinsame Verhandlungen zwingen, das sind die Grundbedingungen, um die Lohn- und Besoldungspolitik der Reichsregierung erfolgreich zu bekämpfen. Wer das nicht einsieht, hat das Recht verwirkt, über die schlechten Verhältnisse ein Klagelied anzustimmen, gleichviel, ob er Arbeiter, Angestellter oder Beamter ist."

Die Eisenbahner müssen von ihren Führern verlangen, daß sie (wir nehmen an ehrlich gemeinte) Kampfansage des ADGB.-Blattes befolgt und durchgeführt wird.

Der mitteldeutsche Metallarbeiter-Lohntarif besteht weiter

Die am 2. Januar in der Metallindustrie abgelaufenen Tarifverträge des Tarifgebiets Sachsen-Anhalt bleiben laut Verhandlung am 5. Januar in Magdeburg bestehen. Sie können beiderseits mit zweiwöchiger Frist gekündigt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260107-13/fragment/page=0002

An die gesamte Jungarbeiterschaft Mitteldeutschlands

Nach sechswöchentlichem Aufenthalt in Sowjet-Rußland und Studium der Lage der Arbeiter und Bauern, **insbesondere der Lebensverhältnisse der Jungarbeiterschaft**, ist die erste deutsche **Jugenddelegation wieder zurückgekehrt.** Die Delegation der erwachsenen Arbeiterschaft hat in einwandfreien Berichten und Schilderungen gezeigt, in welcher elenden Lage sich das deutsche Proletariat in seiner Republik gegenüber der Lage des russischen arbeitenden Volkes befindet. **Erneut mußte die Jungarbeiterdelegation** schon in ihren ersten Begrüßungen bei der Rückkehr feststellen:

Rußland ist das Land der Herrschaft der Arbeiter und Bauern,

wo die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung täglich Fortschritte macht, die sich zum Besten der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung auswirkt.

Massenverelendung und Unternehmerdiktatur

sind die Merkzeichen, unter welchen der wirtschaftliche Niedergang in Deutschland vor sich geht. Die Betriebsstillegungen dauern fort und als Folge derselben schwillt die **Zahl der Erwerbslosen** und Kurzarbeiter täglich an. Ist das Jungproletariat schon in normalen kapitalistischen Verhältnissen schutzlos der schwersten Ausbeutung unterworfen, so treffen das Jungproletariat diese Zerfallserscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft besonders schwer. Der junge Arbeiter erhält **keine Erwerbslosenunterstützung,** wenn der Vater oder andere Geschwister noch im Erwerbsprozeß stehen und durch den Verdienst sich selbst kaum kümmerlich ernähren können.

Aus dieser Lage rettet uns kein noch so schönes Regierungsprogramm, auch kein feiges „Sich-in-sein-Schicksal-ergeben", sondern ein starkes, sich seiner Stärke bewußtes Proletariat, kämpfend auf dem Boden

der internationalen Gewerkschaftseinheit

wird den Weg finden, um aus diesem Elend herauszukommen. Bahnbrechend zur Herstellung dieser einheitlichen Kampfhaltung ist die englische und russische Arbeiterschaft. Auch das Jungproletariat Deutschlands kann dazu beitragen, gemeinsam mit der erwachsenen Arbeiterschaft diese Front zu erweitern durch

engstes Kampfbündnis aller Jugendlichen in den Betrieben und festere Organisierung in den Gewerkschaften.

Nur dies ist der Boden, auf welchem der Kampf siegreich geführt werden kann.

Am Sonntag, dem 24. Januar, vormittags 10 Uhr, findet in Halle im „Volkspark", Burgstraße, eine

Jungarbeiterkonferenz

statt. Ausführlich wird dort ein Delegierter der deutschen Jungarbeiterdelegation Bericht erstatten über die Lebensverhältnisse der russischen Jugend.

Alle Betriebe, Jugendsektionen der Gewerkschaften, Kultur- und Sportorganisationen sowie alle anderen proletarischen Jugendorganisationen

müssen dazu Stellung nehmen und einen Delegierten zu dieser Konferenz entsenden. Diese muß zu einem eindeutigen Willensausdruck des

mitteldeutschen Jungproletariats

werden, endlich den Methoden des Unternehmertums entgegenzutreten und den Kampf der Jugend für ihre Forderungen zu organisieren.

Einheitskomitee für Entsendung einer Jugenddelegation nach Sowjet-Rußland.
Die Delegierten des halischen Bezirkes:
K. Schettig (Jungsturm). W. Junghans (SAJ.).

*

Auf 50 Jugendliche ist ein Delegierter zum Kongreß zu entsenden. Betriebe, Gewerkschaften und Orte, in denen eine Jugendversammlung gewünscht wird, müssen zwecks Festsetzung einer solchen und Vermittlung von Referenten schreiben an das Einheitskomitee für Entsendung einer Jugenddelegation nach Sowjet-Rußland". Adresse: Fritz Beyling, Halle a. d. S., Jakobstraße 31, bei Mieth.

Der Zusammenhang der ungarischen Banknotenfälscher mit den bayrischen Königsmachern

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 7. Januar.**

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" gibt zur Frankenfälschungsaffäre Pariser Pressestimmen wieder, die auf die Zusammenhänge der ungarischen und bayrischen Königsmacher hinweisen. Die Mutter des Erzherzogs Albrecht, Isabella, sei als treibende Kraft in der Angelegenheit verwickelt. Die faschistischen Pläne seien keineswegs auf Ungarn beschränkt gewesen, vielmehr hatten die Verhandlungen zwischen Isabella und dem früheren bayrischen Kronprinzen Albrecht zu einem Abkommen geführt, wonach der royalistische Staatsstreich zugleich in München und Budapest durchgeführt und Oesterreich von beiden Seiten angegriffen werden sollte.

Die Rote Hilfe wirkt und kämpft für das Gesamtproletariat

Dank eines SPD.-Arbeiters an die Rote Hilfe

Die sozialdemokratischen Führer versuchen immer und immer wieder, die immer stärker werdende Einheitsfront der Arbeiterschaft im Kampfe gegen die Klassenjustiz und für die Vollamnestie zu zerreißen. Zu diesem Zweck schreibt die sozialdemokratische Presse trotz ihrer Gegenbeweise, daß die Rote Hilfe nur den kommunistischen Parteiern hilft und daß sie keine überparteiliche Organisation ist. Nachstehender Brief eines SPD.-Arbeiters soll wiederum als Beweis dafür gelten, daß die Rote Hilfe jedem von der Klassenjustiz verfolgten Arbeiter Unterstützung und Hilfe gibt.

„An den Bezirksvorstand der Roten Hilfe,
Hamburg.

Liebe Kollegen!

Ich bin vor kurzer Zeit aus der Strafanstalt in Fuhlsbüttel entlassen und zu meiner Familie zurückgekehrt. Ich war sehr erfreut, als ich von meiner Frau erfuhr, **in welch aufopfernder Weise Ihr während meiner Gefangenenzeit meine Frau und Kinder unterstützt habt, obgleich ich Mitglied der SPD. war.** Ohne Eure Unterstützung hätte meine Familie Not gelitten, da **ich SPD. meiner Frau keine Unterstützung gab, obgleich ich fünf Jahre Mitglied war.** In Anbetracht dessen appelliere ich an alle Arbeiter, unterstützt das Werk der Roten Hilfe, um unseren inhaftierten Brüdern und Schwestern, die noch in den Kerkern sitzen, zu helfen.

Rote Hilfe tut not!

W. Maaß, Hamburg 6, Grabenstr. 12 II."

Die proletarische Einheitsfront wird das verhindern!

Gemeinsame Kundgebung aller proletarischen Organisationen von Aisleben und Umgebung

Gegen den Millionenraub der Fürsten

Die Vertreter der Aislebener Arbeiterorganisationen rufen das werktätige Volk von Aisleben und Umgegend am

10. Januar, nachmittags 2 Uhr, nach der Zentralhalle

zu einer gemeinsamen Kundgebung auf, gegen den geplanten Millionenraub der Fürsten und gegen die reaktionäre Sozial-, Lohn- und Wirtschaftspolitik der Reichsregierung.

Not und Elend herrschen in den Hütten des werktätigen Volkes. Der Fluch der Wirtschaftskrise lastet auf Hunderttausenden von Arbeitslosen und Kurzarbeitern. Ihre Leiden sind, wie bei den Rentnern und Kriegshinterbliebenen, maßlos.

Unbekümmert um diese mit auf das Konto der Rechtspolitik zu buchende Verelendung wogen die ehemaligen deutschen Despoten ein Attentat auf das deutsche Volksvermögen, wie es beispiellos in der Weltgeschichte ist.

Frauen, Arbeiter, Angestellte, Beamte, keine Sparer und Kleinbauern! Heraus zum Kampf gegen den geplanten Raubzug der Fürsten, gegen die steigende Verelendung der Arbeiter und Beamten.

Die Tagesforderungen sind:

Verhinderung der Fürstenabfindung mit allen Mitteln.

Fort mit der Klassenjustiz.

Erhöhung der bisherigen Erwerbslosen-Unterstützungssätze um 50 Prozent. Einführung der Kurzarbeiterunterstützung. Organisierung umfangreicher produktiver Erwerbslosenfürsorge.

Maßnahmen gegen willkürliche Betriebsstillegungen.

Erhöhung der Renten um 100 Prozent.

Erfüllung der Gewerkschaftsforderungen für die unteren Beamten.

Das wichtigste Kampfziel des Tages ist für die Arbeiterklasse die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens und die Wiederherstellung des Achtstundentages.

Für diese Forderungen gilt es am 10. Januar zu demonstrieren, in gemeinsamer Front. Auf zur Massenaktion. Es geht um Eure elementarsten Lebensinteressen.

Dieser Aufruf ist beschlossen in einer gemeinsamen Funktionärsitzung folgender Organisationen:

Gewerkschaftskartell, Arbeiter-Sportkartell, Kommunistische Partei, Vertreter der Erwerbslosen, Roter Frontkämpfer-Bund.

Uebertritte vom Reichsbanner zum RFB.

Unser Königsberger Blatt „Echo des Ostens" meldet in seiner Nummer vom 5. Januar:

Am 3. dieses Monats hatte die Ortsgruppe Lauth (Kreis Königsberg) des RFB. eine öffentliche Versammlung einberufen, die sehr gut und zum großen Teil von Reichsbannerkameraden und Indifferenten besucht war. Ein Kamerad aus Königsberg wies in einem längeren Referat auf die Notwendigkeit und Bedeutung des RFB. in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise hin. Zur Diskussion sprach der SAJ.-Vorsitzende und Reichsbannerkameradschaftsführer Pilep. Dieser führte aus, daß er der SAJ und dem Reichsbanner aus ehrlicher Ueberzeugung angehört hätte, jetzt aber nicht mehr mitmachen könnte, angesichts des verräterischen Verhaltens der Führer dieser Organisationen. **Deshalb sei er seit dem 1. dieses Monats mit verschiedenen seiner Kameraden aus dem Reichsbanner dem RFB. beigetreten.** Er hoffe, daß auch die wenigen, die heute noch Mitglieder des Reichsbanners sind, in kurzem den Weg zum RFB. finden werden. Nachdem Kamerad Frey-Königsberg zur Diskussion gesprochen und die Anwesenden aufgefordert hatte, die rote Front zu stärken, wies Kamerad Behrend ebenfalls auf die Notwendigkeit hin, der einigen kapitalistischen Front die einige rote Front gegenüberzustellen. Nachdem der Referent das Schlußwort gesprochen hatte, wurde die Versammlung mit einem kräftigen „Rot Front" geschlossen. Neun Neuaufnahmen waren zu verzeichnen, darunter drei bisherige Reichsbanner-Kameraden.

Verschleppung des Verfahrens gegen Barmat

Anfrage der kommunistischen Landtagsfraktion

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 7. Januar.**

Die kommunistische Fraktion des Preußischen Landtages hat eine große Anfrage eingebracht, in der das Staatsministerium zur Auskunft darüber aufgefordert wird, warum das gegen die Gebrüder Barmat wegen Betrugs, Beamtenbestechung und Kaufvorverbrechens eingeleitete Verfahren noch immer verschleppt wird.

Ueberall Polizeiattacken gegen die KPD.

Die polizeilichen Haussuchungen, die „Material" gegen die Partei schaffen sollen, gehen unentwegt im ganzen Reiche. Am Dienstag fanden gleichzeitig mit den Haussuchungen in den Räumen der Bezirksleitung und Vivo-Buchhandlungen in Berlin, Polizeiattacken auf die Parteigebäude in Mannheim, Leipzig und Hamburg statt. Auch unsere Räumlichkeiten in Halle wurden nicht verschont. In Hamburg wurde auch bei einzelnen Parteigenossen gesucht. Gegenstand der Schnüffeleien war überall die Broschüre „Umbau" und der — allerdings überall schon ausverkaufte Abreißkalender.

Vor einer Kulturoffensive der Reaktion

Von Schwarz, M. d. R.

Es ist kein Zufall, daß die Bourgeoisie, nachdem sie das Werk von Locarno zum Abschluß gebracht hat, nicht nur auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete ihre Angriffe steigert, sondern auch zu einer neuen Kulturoffensive übergeht.

Dem Deutschen Reichstag sind zwei Gesetzentwürfe zugegangen, die im Bildungsausschuß dieses Parlaments zur Debatte stehen. Der eine führt den harmlosen Titel eines **Gesetzes über den Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten,** der andere will die **Jugend vor Schund- und Schmutzschriften bewahren.** Bezeichnend ist es, daß die Deutschnationalen durch den Lizentiaten Mumm, den Vorsitzenden dieses Muckerausschusses, **bereits verlangten, daß der Schutz** gegen Schmutz und Schund sich nicht nur auf die Jugendlichen, sondern auch auf die **Erwachsenen** erstrecken soll. Mumm kündigt weiter an, daß dies alles erst ein Anfang sei, daß eine ganze Reihe ähnlicher Gesetzentwürfe nachfolgen würden.

Beide Gesetzentwürfe sind verschwommen und das mit Absicht. Sie sagen keineswegs, was unter Schmutz und Schund und schädlichen Lustbarkeiten zu verstehen ist. **Sie öffnen jeder arbeiterfeindlichen Tendenz Tür und Tor.** Bezeichnend ist auch, das von Instanzen, die darüber entscheiden sollen, was unter Schund und Schmutz zu verstehen ist, die Vertreter der Werktätigen und der proletarischen Jugend vollkommen ausgeschaltet sind. **Allein die Behörden der Länder** sollen darüber befinden, was gut und zuträglich für die Jugend der werktätigen Massen ist.

Der Vertreter der kommunistischen Fraktion legte demgegenüber mit aller Schärfe den Standpunkt des revolutionären Proletariats dar. Wir Kommunisten sind durchaus für den Schutz der Jugend vor wirklichem Schund und Schmutz. Aber nicht die kapitalistische Gesellschaft, nicht die deutsche Reaktion ist die Instanz, die über Schund und Schmutz entscheidet. **Die deutsche Bourgeoisie steckt selbst im Schmutz bis über die Ohren.** Ein Korruptionsskandal jagt den anderen. Der Prozeß einer Bothmer und eines v. Lützow reißen ganze Kloaken von Verkommenheit auf. In den Schieberdiesten und Tanzbars des Berliner Westens bewegen sich die höchsten und allerhöchsten Spitzen der Bourgeoisie.

Das Proletariat weiß aus eigener Erfahrung, wie die Bourgeoisie ihr sittliches Schützeramt ausübt. In frischer Erinnerung sind die zahlreichen Haussuchungen und Beschlagnahmen, die in den Verlagen und Buchhandlungen der Kommunistischen Jugend vorgenommen wurden. In frischer Erinnerung ist der **Fall des Schauspielers Gärtner,** der, weil er zur Erhebung des Proletariats eine Anzahl von Versen vortrug, deren Druck und Veröffentlichung vollkommen erlaubt war, zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt wurde und noch dazu wegen **Hochverrats.**

Die Bourgeoisie ist wirklich nicht imstande, das Uebel des Schmutzes und Schundes an der Wurzel zu packen. Die deutsche Bourgeoisie denkt nicht daran, die geschäftstüchtige Spekulation zu unterdrücken, die sich mit der Erzeugung und Verbreitung von Schmutz und Schund befaßt. Das hieße ja, jenes heilige Gesetz antasten, das den Profit über alles stellt und die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft bildet.

Die Bourgeoisie hat gar nicht den Willen, der wirklichen Verwilderung und Entsittlichung beizukommen. Sie hat Geld für die geflüchteten **Hohenzollern, Geld für die Ruhrindustriellen, Geld für die Barmat-Schieber und die schwarze Reichswehr.** Wenn es sich jedoch um die Einschränkung der Jugendlichen, um die wirksame Bekämpfung der Wohnungsnot, um die Errichtung guter proletarischer Bibliotheken in den Arbeitervierteln usw. oder um die wirklich ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen, Kurzarbeiter und Sozialrentner handelt, deren Nachkommenschaft allen physischen und moralischen Gefahren besonders ausgesetzt ist, dann ist kein Geld da.

Der Kampf der Bourgeoisie gegen Schmutz und Schund stellt sich als **bare Heuchelei** dar. Das revolutionäre Proletariat, wie die Organisationen der Werktätigen überhaupt, müssen schon heute gegen die Offensive der Dunkelmänner zum Gegenstoß einsetzen. In einer Versammlung der geistigen Arbeiter, die vor wenigen Wochen in Berlin stattfand, wurde bereits auf die drohende Gefahr hingewiesen. Das Proletariat muß den Kampfruf der Intellektuellen aufnehmen. **Hand- und Kopfarbeiter gehören auch hier in eine Front.**

Neues aus aller Welt

Erdbeben in Rheinland-Westfalen

Aus Dortmund wird berichtet: Gestern nacht um 12.40 Uhr wurden in vielen Orten des Rheinlandes und Westfalens, in Koblenz, Euskirchen, Köln, Aachen, Neuß, Düsseldorf, Elberfeld, Ohligs, Mettmann und den Orten in der Nähe von Dortmund Erderschütterungen verspürt. Die Fernsprechämter in Dortmund und den benachbarten Städten werden mit Anfragen von Leuten bestürmt, die Erdstöße wahrgenommen haben. Auf dem Fernsprechamt in Castrop fielen die Bücher aus den Bücherschränken. Wie die „Kölnische Zeitung" meldet, wurde auch in Frankfurt a. M., Hamburg und anderen Städten Westdeutschlands die Erderschütterung wahrgenommen, die mehrere Sekunden dauerte.

Das Erdbeben in Westdeutschland ist, wie aus Heidelberg gemeldet wird, von dem Seismographen der Sternwarte auf dem Königsstuhl nur schwach aufgezeichnet worden. Der erste Einsatz erfolgte vormittags 12 Uhr 38 Minuten 51 Sekunden. Die Bewegung erlosch ungefähr um 12 Uhr 41 Minuten. Der Herd des Bebens lag in einer Entfernung von weniger als 300 Kilometer im Umkreise.

Die Beobachtungen in Essen

In Essen war das Beben, wie die „Rhein.-Westf. Zeitung" meldet, so stark, daß das ganze Haus eines Beobachters zitterte und bebte. Schranktüren seien aufgesprungen. Von anderen Beobachtern wird mitgeteilt, daß sogar Stühle umgefallen seien. Vom Essener Telegraphenamt wird die Zeit des Bebens mit sechs Sekunden bezeichnet. Auch in anderen Orten, so in Krefeld, wurde das Beben verspürt.

„Von Gottes Gnaden ..."

Verzicht des rumänischen Kronprinzen auf den Thron

Aus Bukarest kommt die Meldung, daß **Kronprinz Karl von Rumänien auf den Thron verzichtet hat.** Der Grund hierzu ist eine Liebesgeschichte. Karl hat, wie alle Hohenzollern (man denke nur an den ehemaligen deutschen Kronprinzen), eine besondere Vorliebe für Frauen. In Odessa hatte er sich mit einer „unebenbürtigen" Dame verheiratet. Aber die Hohenzollern, die so viel auf die Heiligkeit der Ehe geben, zwangen Carol, die Ehe mit der Generalstochter aufzugeben. Ebenso zwangen sie ihn, eine neue Ehe mit der Tochter Helene des ehemaligen griechischen Königs einzugehen. Pflichtmäßig setzte er auch einen weiteren Hohenzollernsprößling in die Welt, der jetzt — dreijährig! — zum Thronfolger ausgerufen worden ist. Nachdem der kleine Thronfolger da ist, wird also die Ehe wieder gelöst und die alte Liebesgeschichte fortgesetzt. Uebrigens hat die griechische Helene vor der Heirat ebenfalls ihren Liebhaber gehabt, mit dem sie sich jetzt wieder zusammenfindet. Die Ehe war also nur abgeschlossen worden zur Fabrikation des Thronfolgers, der einst „von Gottes Gnaden" regieren soll. Das sind also die „Fürsten", die über Völker regieren wollen! Man muß sie samt und sonders zum Teufel jagen.

40 Millionen Mark Hochwasserschäden

Von offizieller Stelle wird der durch das Hochwasser im Reich angerichtete Schaden auf 40 Millionen Mark geschätzt. Tausende von Familien sind obdach- und existenzlos geworden.

15 Häuser an der Maas eingestürzt

Wie der „Soir" aus Seraing berichtet, sind bei dem Dammbruch der Maas 15 Häuser eingestürzt. Mehrere Personen werden vermißt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260107-13/fragment/page=0003

Ein gewaltiger Posten einzelne Tischtücher Servietten, Handtücher usw., erstklassig. Fabrikat keine fehlerhafte Ware zu Orig.-Fabrikpreisen

Ein Posten Damen- und Kinderwäsche teils angestaubt, teils mit kleinen Fehlstellen ganz fabelhaft billig!

Riesenhaft

ist der Erfolg unseres Inventur-Ausverkaufes

Täglich Neuauslagen in allen Abteilungen!

Tausende Meter Baumwollwaren

Rohnessel	Linon	Schürzensiamosen
vorzügliche, starkfädige Ware, ca. 80 cm breit	gute Bettwäschequalität Deckbettbreite Mtr. 1,20 Kissenbreite	hübsche Streifen, ca. 116 cm breit
jetzt Meter 0,52	jetzt Meter 0,68	jetzt Meter 1,10

Tausende Meter Kleiderstoffe

Hauskleiderstoffe	Velourstreifen	Gabardine
doppeltbreit	ca. 105 cm breit	ca. 130 cm breit, reine Wolle
jetzt Meter 0,68	jetzt Meter 2,45	jetzt Meter 3,90

Ein großer Posten einz. Schlafdecken mit kleinen Fehlstellen jetzt Stück 0,95 0,75

Ein Posten Frottierwäsche mit kleinen Fabrikationsfehlern zu außergewöhnlich billigen Preisen

Tausende Meter Seidenstoffe

Waschseide	Kunstseid. Trikot	Eolienne
kariert, ca. 70 cm breit	ca. 100 cm breit in modernen Farben	Wolle mit Seide, ca. 100 cm breit
jetzt Meter 1,75	jetzt Meter 1,90	jetzt Meter 4,80

Tausende Meter Gardinen

Gardinenstoffe	Etamine	Diwan-Decken
Schalbreite, viele Muster	kariert, ca. 150 cm breit	moderne Muster mit Fransen
jetzt Meter 0,95 0,78	jetzt Meter 0,88 0,75	jetzt Stück 7,75

Riesenposten Konfektion

Kleider	Flauschmorgenröcke	Sportjacken
aus reinwollen. Cheviot, mit Tresz- u. Knopfgarn. in marine und braun	viele schöne Farben, mit Tasche	aus gutem Wollstoff
jetzt Stück 3,85	jetzt Stück 4,75	jetzt Stück 4,90

Riesenposten kunstseid. Trikot-Wäsche

Kunstseidene Trikot-Hemdhosen	Kunstseid. Trikot-Unterkleider
für Damen, sehr hübsch verarbeitet, reiche Farbenauswahl außergewöhnlich billig	in vielen schönen Farben, enorm billig
jetzt Stück 2,45 1,90	jetzt Stück 2,45

Fabelhaft billig Chaiselongues Ia. Verarbeitung jetzt Stück 39,50

Riesig billig Mantel-Stoffe ca. 140 cm breit jetzt Meter 3,50 1,90

Nussbaum

DAS KAUFHAUS FÜR ALLE

Halle-Saale Gr. Ulrichstr. 60-61

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 8237

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Achtung, Distriktsführer! Am Freitag, dem 8. Januar, abends 6 Uhr, Karten zur „Lenin-Feier" im Ortsbureau abholen.
Distrikt 13a. Am Sonntag, dem 10. Januar, findet um ½11 Uhr im „Turnerschlößchen" (Grünstraße) eine wichtige Funktionärsitzung statt. Gleichzeitig müssen alle Zehnerschaftsführer ihren Markenbestand mitbringen. Das Erscheinen aller Funktionäre ist dringende Notwendigkeit.
Schkeuditz. Frauenabend Donnerstag, 7. Januar, abends 8 Uhr, in der „Weißen Taube". Alle Genossinnen haben sich daran zu beteiligen und außerdem mit uns sympathisierende Frauen mitzubringen.
Schkeuditz. Große außerordentlich wichtige Funktionärsitzung am Freitag, 8. Januar, abends 8 Uhr, in der „Stadt Leipzig". Ein Vertreter der Bezirksleitung ist anwesend.
Lettin. Mitgliederversammlung Sonntag, 10. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal „Erholung". Wichtige Tagesordnung. Restloses Erscheinen ist Pflicht.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Mücheln. Mitgliederversammlung Donnerstag, 7. Januar, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus". Alles muß erscheinen.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Alsleben. Mitgliederversammlung Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal „Weinhorn". Referent ist anwesend.
Eisleben. Große Funktionärsitzung Sonntag, 10. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Volkshaus". Der gesamte Vorstand, die Unterkassierer, Fraktionsleiter usw. haben unbedingt zu erscheinen.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Delitzsch.

Sandersdorf. Mitgliederversammlung Sonntag, 10. Januar, nachmittags 6 Uhr, bei Winkler. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Hohenleipisch. Mitgliederversammlung Donnerstag, 7. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthof. Wichtige Tagesordnung. Referent von der BL. ist anwesend.
Belgern. Mitgliederversammlung Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr. Tagesordnung: Parteiangelegenheiten. Alles muß restlos erscheinen und die Gelder der verkauften Partei-in-Not-Marken mitzubringen.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Gröben-Runthal. Mitgliederversammlung Sonntag, 10. Januar, abends 7 Uhr, im Gasthof zu Runthal. Referent von der BL. ist zur Stelle. Alles muß deshalb bestimmt erscheinen.
Zeitz. Außerordentliche Mitgliederversammlung Freitag, 8. Januar, abends 8 Uhr, in der „Herberge". Ein Vertreter der BL. ist anwesend. Erscheinen ist Pflicht.
Aue-Aylsdorf-Zangenberg. Sonntag Beteiligung an der Kundgebung in Zeitz. Sammeln vorm. 10 Uhr „Diana"-Saal. Sämtliche Genossen haben teilzunehmen.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

Versammlungen der Roten Hilfe

Zeitz. Sonntag, 10. Januar, wichtige Mitgliederversammlung nachmittags 4 Uhr in der „Schuhmacherherberge".
Benndorf. Sonntag, 10. Januar, nachmittags 4 Uhr, in Klostermansfeld im „Hohenzollern" wichtige Mitgliederversammlung.

Bund der Freunde der IAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

Halle. Heute, Donnerstag, abend 8 Uhr LA.-Sitzung im Bureau der IAH.
Sangerhausen. Freitag, 8. Januar, abends 8 Uhr, im „Herrnkrug" Mitgliederversammlung. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Heute, Donnerstag, d. 6. Jan., bleibt die Volksbuchhandlung Weißenfels, Marienstraße, wegen Inventur geschlossen

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Gausekretariat: Arthur Brandt, Halle, Große Klausstraße 10 (Laden). Geöffnet: Wochentags 8 bis 10 Uhr und 3 bis 5 Uhr, Mittwochs und Sonnabends von 8 bis 10 Uhr und 3 bis 8 Uhr. Jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr.

Ortsgruppe Halle

Alle Kameraden des RFB. und des Jungsturms beteiligen sich am Sonntag, dem 10. Januar, an dem festgelegten Ausmarsch. Abmarsch der Bezirke wie folgt:
Bezirk 1 (Osten) 9 Uhr vormittags Roßplatz
Bezirk 2 (Süden) ¾9 Uhr vormittags Johannisplatz
Bezirk 3 (Westen) 9 Uhr vormittags Weingärten
Bezirk 4 (Norden) 9 Uhr vormittags Wettinerplatz
Bezirk 5 (Zentrum) ¼10 Uhr vormittags Paradeplatz
Spielleute nach der vom Spielmannsleiter gemachten Aufteilung
Kapelle ¼10 Uhr vom Paradeplatz.
Freitag, 8. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Generalversammlung. Jeder Kamerad hat unbedingt zu erscheinen.
Spielleute. Donnerstag, 7. Januar, 7 Uhr, im „Volkspark" Appell und Ueben.

Jungsturm

Freitag, 8. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Generalversammlung. Restloses Erscheinen ist Pflicht.

Untergau Saalkreis

Ammendorf. Freitag, 8. Januar, „Burgschlößchen" Mitgliederversammlung. Karten mitbringen.
Reideburg. Freitag, 8. Januar, Mitgliederversammlung in Büschdorf bei Bauermann. Mitgliedskarten mitbringen.
Hohenthurm. Sonntag, 10. Januar, nachmittags 3 Uhr, Gasthof Petersdorf Mitgliederversammlung. Erscheinen ist Pflicht. Mitgliedskarten sind mitzubringen.
Ammendorf. Freitag, 8. Januar, „Burgschlößchen" Mitgliederversammlung. Karten mitbringen. Referent R. H. anwesend.
Canena. Sonnabend, 9. Januar, 8 Uhr, bei Wenkel Mitgliederversammlung. Karten mitbringen.
Löbejün. Sonnabend, 9. Januar, 8 Uhr, im „Adler" Pflichtversammlung. Karten mitbringen.

Untergau Merseburg

Lützen. Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten" Generalversammlung.
Lauchstädt. Freitag, 8. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthof „Stadt Leipzig" außerordentliche Generalversammlung. Nichterscheinen zieht Ausschluß nach sich. Mitgliedskarten nicht vergessen.
Dürrenberg. Freitag, 8. Januar, bei Mennicke („Stadt Leipzig") Pflichtversammlung. Bericht von der Untergaukonferenz.
Merseburg. Donnerstag, 7. Januar, abends 8 Uhr, „Stadt Leipzig" Mitgliedervollversammlung. Karten mitbringen. Wer fehlt, wird ausgeschlossen.
Querfurt. Sonnabend, 9. Januar, 8 Uhr, „Schützenhaus" in Thaldorf Generalversammlung. Alle erscheinen und Karten mitbringen. Referent Paul Koch, Merseburg.
Neumark. Sonnabend, 9. Januar, 8 Uhr, Vorstandssitzung.
Neumark. Sonntag, 10. Januar, nachmittags 3 Uhr, Generalversammlung. Vorstandswahl.
Rattmannsdorf. Freitag, 8. Januar, 8 Uhr, Generalversammlung. Karten mitbringen.

Untergau Schkeuditz

Radefeld. Sonnabend, 9. Januar, 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthof Freiroda.

Untergau Mansfeld (Gebirgskreis)

Die Ortsgruppen des Untergaues beteiligen sich an der Massenkundgebung gegen den Fürstenraub in Hettstedt.
Hettstedt. Die Ortsgruppe beteiligt sich geschlossen mit Spielmannszug an der Massenkundgebung. Antreten ½2 Uhr aller Bezirke und Spielmannszug im „Hohenzollernpark".
Zetitstedt. Abmarsch nach Leimbach zur Demonstration am 10. Januar mit Spielmannszug pünktlich vormittags 7 Uhr. Sammelplatz Zentrale.
Leimbach. Freitag, 8. Januar, 7 Uhr, Pflichtversammlung im Lokal Tittel.

Untergau Mansfeld (Seekreis)

Oberröblingen. Sonntag, 10. Januar, vormittags 9 Uhr, bei Henze, Unterröblingen, Generalversammlung. Marken abrechnen. Alles erscheinen.
Eisleben. Bezirk 2. Sonntag, 10. Januar, vorm. 10 Uhr, Bezirksversammlung. Stellungnahme zur Generalversammlung.

Untergau Sangerhausen

Sangerhausen. Sonntag nachmittag 3 Uhr außerordentliche Vollversammlung im „Herrenkrug". Erscheinen ist Pflicht.
Artern. Sonntag, 10. Januar, nachmittags ½10 Uhr, „Goethehaus" Pflichtversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Untergau Bitterfeld

Ramsin. Sonntag, 9. Januar, findet ein Werbeabend mit Fackelumzug statt. Alle Kameraden des Untergaues Bitterfeld sind eingeladen.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Freitag, 8. Januar, ½8 Uhr, bei Freudenberg Ueben des Spielmannszuges.

Untergau Delitzsch

Zschortau. Sonnabend, 9. Januar, 8 Uhr, bei Sonntag Mitgliederversammlung.
Delitzsch. Freitag, 8. Januar, 8 Uhr, im „Lindenhof" Mitgliederversammlung. Karten mitbringen.

Untergau Eilenburg

Untergau Eilenburg. Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, „Stadthalle" öff... Versammlung. Alle Sympathisierenden sind eingeladen. Referent Kamerad Rühl, Moskau.

Untergau Torgau-Liebenwerda

Torgau. Donnerstag, 7. Januar, abends 8 Uhr, Versammlung in der Wald...
Untergau-Konferenz Sonntag, 10. Januar, vormittags 9 Uhr, in Falkenberg, ...sellschaftshaus". Es haben die Ortsgruppen Annaburg, Belgern, Grünew..., Mückenberg, Mühlberg, Nauendorf, Richtewitz, Torgau, Weidenhain, ... Falkenberg einen Delegierten zu entsenden.
Arbeitsgebiet Mühlberg. Sonntag, 10. Januar, nachm. 2 Uhr, Pflichtversam... des gesamten Arbeitsgebietes im Gasthof zu Lehndorf. Die Ortsgr... Mühlberg und Koßdorf haben zu erscheinen. Koßdorf sämtliches Material ... bringen.
Mühlberg. Sonntag, 10. Januar, nimmt die gesamte Ortsgruppe an der ...sammlung in Lehndorf teil. Abmarsch ½1 Uhr. Alles erscheinen.
Arbeitsgebiet Elsterwerda. Sonnabend, 9. Januar, 8 Uhr, Gasthof „Nack... den gesamten Werbebezirk Pflichtversammlung. Es müssen erscheinen ... Biehlau, Prösen, Grauschütz, Merzdorf, Gröditz, Frauenhain, Stolzenhain, ...hain und Stoltzenhain werden an ihre Pflichten erinnert.

Untergau Weißenfels

Teuchern. Sonntag, 10. Januar, vormittags 8 Uhr, Abmarsch vom „Grünen ... nach Zeitz zur Demonstration. Gruppenführer verantwortlich für Ersch...

Untergau Zeitz

Alle Ortsgruppen des Untergaues haben sich an der am Sonntag, dem 10. Ja... stattfindenden Demonstration geschlossen zu beteiligen. Marschanzug. Tre... vormittags 10 Uhr Oettlers Brauerei.
Zeitz. Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, in der „Herberge" Funktionär... Vorstandssitzung.
Zeitz. Sonntag, 10. Januar, vormittags 10½ Uhr, Antreten zur Demonstration... Oettlers Brauerei. Das Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht.
Naundorf. Sonntag, 10. Januar, vormittags ½9 Uhr, tritt die gesamte Ortsgr... an zur Teilnahme an der Zeitzer Demonstration.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut ...schluß einer großen Funktionärsitzung aus Organisation aus

Programme sowie alle Vereinsdrucksachen liefert die Produktiv-Genossenschaft, Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14.

Betten

und alles, was zum Schlafzimmer gehör... kaufen Sie in bester Qualität direkt von de... Fabrik gegen

bequeme Teilzahlungen

1 Holzbettstelle
1 Stahldrahtmatratze
1 Auflegematratze } zus. 50 M...

Holzbetten, Eiche, nußbaum gem.	von 25,00 Mk. ...
Metallbetten	von 27,00 Mk. ...
Kinderbetten, Holz und Metall	von 30,00 Mk. ...
Auflegematratzen	von 13,00 Mk. ...
Stahlmatratzen	von 12,00 Mk. ...
Chaiselongues	von 38,00 Mk. ...
Sofas	von 75,00 Mk. ...
Federbetten, Ia. Inlett	von 27,00 Mk. ...

Kleider- und Wäscheschränke, kompl. Schl... zimmer, Küchen, äußerst billig gegen beque... Teilzahlung

5% Kassenrabatt bei ... zahl...

Fabriklager:
Halle a. d. S., Leipziger Str. ...
Vertreter: Bernhard Schormann

Ansichtskarten empfiehlt Volksbuchha...

Aus den Betrieben

Betriebsstillegungen und Schwerbeschädigte

Diesen Artikel ausschneiden und allen Schwerbeschädigten bekanntgeben.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise mit ihrer Flut von Betriebsstillegungen und Konkursen läßt auch den in Frage kommenden Schwerbeschädigten mit aller Deutlichkeit die Herrlichkeiten der kapitalistischen Profitwirtschaft erkennen. Kündigungen und sogenannte Beurlaubungen von Schwerbeschädigten sind an der Tagesordnung. Von den Unternehmern wird hierbei auf **die Gesetzesunkenntnis der Schwerbeschädigten spekuliert**, leider auch zum Teil mit Erfolg; wenigstens dort, wo die Schwerbeschädigten den Wert einer klassenbewußten Organisation nicht erkannt haben. In den weitaus meisten Fällen setzen sich die Unternehmer indessen einfach über die gesetzlichen Bestimmungen hinweg. Zur näheren Kenntnis seien deshalb die in Frage kommenden Bestimmungen des „Schwerbeschädigtengesetzes" angeführt.

Der § 13 des betreffenden Gesetzes hat folgenden Wortlaut: **„Einem Schwerbeschädigten kann nur mit Zustimmung der Hauptfürsorgestelle gekündigt werden.** Stimmt die Hauptfürsorgestelle der Kündigung eines Schwerbeschädigten zu, so ist die Entscheidung endgültig. Die Hauptfürsorgestelle hat ihre Zustimmung zu erteilen, wenn dem Schwerbeschädigten ein anderer angemessener Arbeitsplatz gesichert ist. Die Kündigungsfrist beträgt mindestens vier Wochen. Die Zustimmung ist bei der Hauptfürsorgestelle schriftlich zu beantragen; die Kündigungsfrist läuft erst von der Abendung des Antrages. Wird der Hauptfürsorgestelle der Antrag zugestellt, so gilt mit Ablauf des 14. Tages nach der Zustellung die Zustimmung als erteilt, falls sie nicht vorher verweigert wird. Die Zustellung wird durch eine Empfangsbescheinigung der Hauptfürsorgestelle ersetzt.

Die gesetzlichen Bestimmungen der Gewerbeordnung über fristlose Kündigung werden nicht berührt. Wenn es sich um eine Krankheit handelt, die eine Folge der Kriegsbeschädigung ist, muß die Zustimmung der Hauptfürsorgestelle eingeholt werden.

Schwerbeschädigte, die lediglich aus Anlaß eines Streiks oder einer Aussperrung fristlos gekündigt worden sind, sind nach Beendigung des Streiks oder der Aussperrung wieder einzustellen.

Außerdem heißt es im § 16 des Schwerbeschädigtengesetzes: „Die Zustimmung zur Kündigung darf nicht versagt werden, wenn der Betrieb eines privaten Arbeitgebers nicht nur vorübergehend vollständig eingestellt oder wesentlich eingeschränkt wird, **und zwischen dem Tage der Kündigung und dem Tage, bis zu dem Gehalt oder Lohn weitergezahlt wird, mindestens drei Monate liegen.**

Den Betrieben stehen selbständige Betriebsabteilungen gleich."

Der § 16 besagt also nicht mehr und nicht weniger, daß bei der Schließung eines privaten Betriebes den dort beschäftigten Schwerbeschädigten noch drei Monate der Lohn weiterbezahlt werden muß.

Ein beliebtes Mittel der Arbeitgeber, um diesen Paragraph zu umgehen, ist die sogenannte Beurlaubung der Schwerbeschädigten, d. h.: die in einem stillgelegten Betrieb befindlichen Schwerbeschädigten werden seitens des Arbeitgebers beurlaubt.

In dieser Beziehung wird auf ein außerordentlich wichtiges Urteil des Landgerichts Essen vom 11. Dezember 1924 hingewiesen, bei dessen Abfassung u. a. ein Landgerichtsdirektor sowie zwei Landgerichtsräte mitgewirkt haben.

In der betreffenden Sache handelte es sich um die Klage von 19 Schwerkriegsbeschädigten gegen die Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. auf Zahlung des rückständigen Lohnes seit dem Tage der Beurlaubung. In dem genannten Urteil heißt es u. a.:

„Die für die Entscheidung grundsätzliche Frage besteht darin, ob die Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte berechtigt ist, ohne Zustimmung der Schwerkriegsbeschädigten deren Beurlaubung unter Fortfall des Lohnes zu genehmigen. Das Gewerbegericht hat diese Frage bejaht, indem es die Ansicht vertritt, daß die Beurlaubung der Kündigung gegenüber ein Minus sei, da sie die Schwerbeschädigten günstiger stelle, als wenn der Kündigung zugestimmt worden wäre.

Dem kann nicht zugestimmt werden. Die Kündigung ist rechtlich etwas ganz anderes als eine Beurlaubung; da bei einer Kündigung das Arbeitsverhältnis gelöst wird, während es im Falle einer Beurlaubung fortbesteht. In der Beurlaubung liegt eine mit sofortiger Wirkung eintretende Aenderung des Arbeitsvertrages, während bei der Kündigung der Arbeitsvertrag nach Ablauf der Kündigungsfrist gelöst wird und bis dahin unverändert fortbesteht. Beides ist also rechtlich von Grund aus verschieden. Beides hat auch andere Folgen, da im Falle der Kündigung bis zum Ende der Kündigungsfrist der Lohn zu zahlen ist, während bei einer Beurlaubung der Lohn sofort fortfällt; der Arbeiter aber die Aussicht hat, demnächst wieder beschäftigt zu werden. Was für den Arbeiter das Günstigere ist, läßt sich von vornherein gar nicht übersehen, da damit gerechnet werden muß, daß im Falle einer Kündigung der Arbeiter bis zum Ablauf der Kündigungsfrist eine andere Beschäftigung wieder erlangt. In diesem Falle steht er sich bei einer Kündigung besser als bei einer Beurlaubung. Jedenfalls ergibt sich hieraus, daß eine Beurlaubung kein Minus gegenüber einer Kündigung, sondern etwas ganz anderes ist. Man kann daher nicht mit dem Gewerbegericht sagen, daß die, der Hauptfürsorgestelle übertragene Zustimmung zur Kündigung die Zustimmung zur Beurlaubung in sich schließe.

Eine Beurlaubung ist vielmehr, da sie eine Aenderung des Arbeitsvertrages enthält, nur mit Zustimmung des betreffenden Arbeitnehmers möglich. Diese Zustimmung kann weder durch die Hauptfürsorgestelle, noch durch die örtliche Fürsorgestelle, noch durch den Ausschuß der Schwerbeschädigten gegeben werden, da keine dieser Stellen hierzu befugt ist."

Es heißt also in diesem Urteil, daß eine Beurlaubung nur mit Zustimmung des Schwerbeschädigten Gültigkeit hat und die Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. **war gezwungen, auf Grund dieses Urteils den gesamten 19 Schwerbeschädigten den rückständigen Lohn zu zahlen.** Da einige dieser Beschädigten schon über ein Jahr beurlaubt waren, kamen hierbei ganz erkleckliche Beträge in Frage. Die Schwerbeschädigten werden also darauf aufmerksam gemacht, unter keinen Umständen eine eventuelle Beurlaubung anzunehmen, sondern dieselbe sofort mit einer Klage zu beantworten, was am zweckmäßigsten durch den Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit geschieht.

Unternehmeroffensive in den Zuckerfabriken

Zuckerfabrik Brottewitz

In den Zuckerfabriken versuchen die Unternehmer zurzeit systematisch, einen Lohnabbau von 10 bis 11 Pf. pro Stunde durchzudrücken. Die Reduzierung der Belegschaften um rund 75 Prozent und die vorübergehende gänzliche Schließung der Fabriken soll die Arbeiterschaft gefügig machen. So wird uns jetzt auch aus Brottewitz berichtet:

„Nachdem die diesjährige Rübenverarbeitung kurz vor Weihnachten beendet worden ist und die Arbeiterschaft unter raubbauartiger Ausnützung ihre Arbeitskraft dieser kapitalistischen Parasitengesellschaft kopiert hat, bereitet nunmehr die Direktion der hiesigen Zuckerfabrik in dieser stillen Zeit den **Lohndruck** vor. In einem **Fabrikschlag** wird bekanntgegeben, daß der Stundenlohn **von bisher 1 Pfennig auf 50 Pfennig zurückgesetzt** wird. Wer sich damit einverstanden erklärt, solle dies im Kontor melden. **Wer sich dagegen abzulehnen versucht — fliegt!** So steht in den kapitalistischen Betrieben die „Arbeiterwohlfahrt" aus, und dabei wollen diese Kreise den Arbeitern „nationale Einheit" beibringen! Ausbeutung, Lohndruck, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und dann Bekehrung der Belegschaft zum kapitalistischen Nationalismus sind ihre Methoden.

Der **Fabrikarbeiterverband** will gegen diesen Lohndruck kämpfen, dazu aber ist die **Geschlossenheit der Arbeiter in den Organisationen notwendig.** In dem Brottewitzer Betrieb sind in der letzten Zeit Zustände eingerissen, die ein **einheitliches Handeln durch die Gewerkschaft unbedingt erfordern. Kollegen, setzt Euch zur Wehr!**

Sinnlose Entlassungen

Speditions-Verein Mittelelbische Hafen- und Lagerhaus A.-G. Torgau

Der Direktor der genannten Firma hat auch Weihnachtsgeschenke ausgeteilt. Die Angestellten des Betriebes sind mit einem Weihnachtsgeschenk in Geld mutig gemacht worden. Der Arbeiterschaft dagegen wurde ein anderer Weihnachtsgruß zuteil. Am Mittwoch vor Weihnachten wurde **ein Teil der Arbeiter auf das Straßenpflaster geworfen.** Ganz offensichtlich liegt kein genügender Grund vor. Als nämlich an dem betreffenden Tage ein Teil der Kollegen auf die Straße geflogen war, **konnte die Arbeit nicht in der angesetzten Zeit (6 Stunden) geschafft werden,** desgleichen am nächsten Tage. Nach den Weihnachtsfeiertagen lag so viel Arbeit vor, daß die **Arbeitszeit von 6 auf 7½ und 8½ Stunden erhöht** wurde. Am zweiten Tage nach den Feiertagen wurden auch wieder ein paar Mann eingestellt. Das ist Beweis genug, daß nicht ein einziger Arbeiter zuviel war. Der Herr Direktor Reinecke hat hier mit seinem Adjutanten sich wieder etwas Unmenschliches geleistet. Warum die Entlassung stattgefunden hat, weiß die Arbeiterschaft jedoch genau: nicht wegen Arbeitsmangels, sondern um verschiedene Kollegen loszuwerden, die für das Recht der Arbeiterschaft eintreten.

Entlassungspläne kann der Direktor Reinecke schnell ausarbeiten, nicht aber Pläne zu genügendem Gesundheitsschutz für die Arbeiterschaft. Im letzten Sommer und Herbst zum Beispiel war für zirka 50 männliche und 30 weibliche Arbeiter nur ein Abort mit drei Sitzen vorhanden. Im Sommer kann man es vor Gestank nicht aushalten, weil der Kot gleich neben dem Abort in ein Loch hineingeschüttet und nur mit ein wenig Kies bedeckt wird. Wenn der Direktor Reinecke wirklich keine Arbeit gehabt hätte, so konnte er von den Kollegen, welche auf die Straße geflogen sind, wenigstens einen vernünftigen Abort bauen lassen.

Der zweite Punkt betrifft die saubere Wascheinrichtung der Arbeiter. Vom Betriebsrat sowie von der Gauleitung des Verkehrsbundes ist schon mehrmals auf eine **bessere Wascheinrichtung** hingewiesen worden und von Herrn Reinecke jedesmal zugesagt worden. Aber es wird nichts geändert. Bei der schmutzigen Arbeit gibt es keine Seife, und nur aller acht bis vierzehn Tage für 30 bis 40 Mann, wie es im vergangenen Herbst war, drei bis vier Handtücher. Oft sind auch nur noch halblange Handtücher dabei. Herr Reinecke kann ja mal einen Versuch machen und 14 Tage Bauzeit mit ausladen und seine Händchen solange an solchem Handtuch abtrocknen und keine Seife benutzen. Bei solcher Arbeit und Waschgelegenheit würde er keinen Federhalter mehr halten können, oder denkt Herr Reinecke, der Arbeiter kann wie ein Schwein nach Hause gehen? **Ist der Arbeiter eima kein Mensch?**

Kollegen, vergeßt die Maßregelung Eurer Kollegen nicht! Unterrichtet Euch mehr durch den „Klassenkampf" und haltet Euch kampfbereit! Laßt Euch von den Adjutanten, die im trüben fischen, nicht ausforschen, die **heute in Torgau herumlaufen wie ein ausgehaßener Frosch, obwohl mancher nur mit einer Zigarrenkiste voll Sachen nach Torgau gekommen ist.**

Eine Berichtigung, die für sich selber spricht

Von der Mansfeld A.-G. wird uns unter Berufung auf das Preßgesetz folgendes geschrieben:

„Berichtigung.

Unter der Ueberschrift „Ein Betriebsratsvorsitzender der SPD. als Handlanger des Kapitals" (Zelle Paulschacht)" ist in der Nr. 282 dieser Zeitung eine Notiz erschienen, in der behauptet worden ist, daß die Mansfeld A.-G. am 13. d. M. ihr 725jähriges Bestehen gefeiert und zu diesem Zwecke die Betriebsratsvorsitzenden aufgefordert hätte, ihrerseits „die Knappen zum Erscheinen in Uniform und Beteiligung am Kirchgang durch Betriebsausbau aufzufordern". Außerdem hätte die Mansfeld A.-G. „bei dieser Feier ihren hohen Beamten ein nettes Sümmchen zur Verfügung gestellt".

Wir bemerken hierzu folgendes:

Eine Feier des 725jährigen Bestehens des Mansfelder Bergbaues haben wir überhaupt nicht veranstaltet.

Wir haben unsere Arbeiter zu einer Beteiligung am Kirchgang weder aufgefordert, noch durch die Betriebsratsvorsitzenden auffordern lassen, sondern haben lediglich unsere Beamten und Angestellten durch ein Rundschreiben darauf hingewiesen, daß die kirchlichen Behörden die Absicht hätten, bei dem Gottesdienst am dritten Adventssonntag des 725jährigen Bestehens des Mansfelder Bergbaues zu gedenken.

Wir haben bei dieser Gelegenheit keinerlei Gratifikationen an irgendwelche Beamte oder Angestellte unseres Unternehmens verteilt. Die gegenteilige Angabe ist völlig aus der Luft gegriffen.

Mansfeld A.-G."

Warum gewerkschaftliche Organisierung?

Lederfabrik Prühlitz bei Wittenberg

Ein Musterbetrieb für die Arbeiter, die unter schlechter Behandlung und Schikanen zu leiden haben, ist die **Lederfabrik Prühlitz** des Herrn Stürmer bei Wittenberg.

Vier Jahre war der Arbeiter Rudolf Eiche im Betrieb beschäftigt. Am 20. Dezember wurde er **fristlos entlassen,** weil er **aus freier Hand mit dem Messer 240 Stück Bauerriemen pro Tag,** dabei noch einwandfreie Produktion, nicht zu liefern vermochte. **Aber nicht genug, daß der Arbeiter entlassen wurde,** Herr Stürmer behielt auch noch die 18 Mark, die er für die Woche verdiente, ein, weil, nach seiner Meinung, die Produktion nicht einwandfrei gewesen sei. Es gehört schon allerhand dazu, bei dieser schlechten Bezahlung auch noch das Geld einzubehalten!

Nachdem nun der Arbeiter entlassen war, sollte ein anderer Arbeiter unter denselben Verhältnissen diese Produktion herstellen. Das konnte dieser ebenfalls nicht, und jetzt endlich, nachdem festgestellt werden mußte, daß aus freier Hand einwandfreier Bauerriemen nicht fertiggestellt werden können, hat man eine Maschine zum Schneiden angeschafft. Der Arbeiter liegt aber auf der Straße und kann noch nicht einmal sein einbehaltenes Geld einklagen, da er nicht gewerkschaftlich organisiert ist.

Herr Stürmer kann sich seinen Arbeitern gegenüber alles erlauben, da von über 100 Beschäftigten höchstens zehn Arbeiter organisiert sind. Daraus müssen die Arbeiter von der Lederfabrik Prühlitz lernen und zur Organisation, zum **Fabrikarbeiterverband** zurückkehren, so schwer es auch manchem fallen mag, mit dem Gewerkschaftsangestellten Feustel zusammenzuarbeiten. An der Person Feustel darf die gewerkschaftliche Organisation nicht scheitern. Nur dadurch, daß wir uns wieder restlos organisieren, sind wir imstande, Herrn Stürmer in seinem Vorgehen entgegenzutreten.

Stärkt den DLV.!

(Arbeiterkorrespondenz aus Mühlberg.)

Der Druck auf die Landarbeiter verschärft sich von Tag zu Tag. Die Mittel, die die Rittergutsbesitzer und Domänenpächter anwenden, um die Landarbeiter zu gemürben, sind vielseitig und schändlich. Unsere Zahlstelle vom Landarbeiterverband zählte früher 150 bis 200 Mitglieder. Jetzt sind durch diese Methoden der Agrarier nur noch 15 bis 20 Mitglieder übriggeblieben. In vielen Gutsbezirken, wie Borschütz, Martinskirchen, Packisch usw., wo vor früher fest im Verbande waren, ist kein einziges Mitglied mehr vorhanden. Alle diese Mitglieder sind den Lockungen der Besitzer unterlegen und haben sich durch Versprechungen verleiten lassen, dem Verband den Rücken zu kehren. Jetzt dämmert es bei diesen Kollegen wieder, da sie immer mehr ins Elend kommen. **Ein Tarif besteht nicht.** Immer mehr Abzüge werden gemacht. Nur auf dem Rittergut Güldenstern in Mühlberg haben die letzten Mitglieder des Verbandes bisher standgehalten und werden es auch weiter tun. Doch sind die weiblichen Mitglieder verlorengegangen, weil sie einige Pfennige Lohn mehr erhalten sollten, wenn sie aus dem Verband austreten. Sie haben sich verleiten lassen, jetzt aber sehen sie den Fehler ein. Der Landarbeiterverband hat aber auch vollständig versagt. Die ausgetretenen Mitglieder geben ausnahmslos dem Verbande die Schuld. Es ist z. B. vorgekommen, daß ein Unternehmer sagen konnte: **„Wenn Euer Verband nicht mehr fordert, werden wir doch nicht mehr geben."** Trotz dieser Vorkommnisse aber ist es falsch, dem Verbande den Rücken zu kehren. **Die gewerkschaftliche Geschlossenheit der Landarbeiterschaft** ist ebenso eine Voraussetzung der erfolgreichen Abwehr der Unternehmer-Schikanen, wie der Zusammenschluß der Industriearbeiterschaft. Es gilt, die Verbände zu Kampforganisationen zu machen!

Achtung! Achtung!

Zellen- und Gewerkschaftsfunktionäre!

Als Beilage zum „Parteiarbeiter" Nr. 3 erschienen in diesen Tagen die Richtlinien des Zentralkomitees über die Vorbereitung der Gewerkschafts- und Betriebsrätewahlen. Jeder bestelle also rechtzeitig diese Nummer des „Parteiarbeiter", da die Auflage immer rasch vergriffen und dann eine verspätete Nachlieferung nicht möglich ist.

Zur Januar-Zellenwoche 1926

Der Obmann der Org-Abteilung des Unterbezirks Torgau-Liebenwerda sendet uns folgenden wertvollen Beitrag zur Zellenwoche, der bereits praktischen Erfahrungen entspringt und die anderen Unterbezirke und Zellenleitungen zur Nachahmung anspornen soll: Die Beschlüsse des 5. Weltkongresses und des 10. Parteitages der KPD. gilt es, in die Tat umzusetzen. Die Reorganisation der Partei auf Betriebs- (Guts-!) und Straßenzellen muß man von dem Gesichtspunkt aus betrachten: **Jeder Betrieb unsere Festung, die Straße dem Proletariat!** Eine historische Notwendigkeit bedeutet die Umstellung, gilt es doch, die Arbeiterschaft durch die KPD. direkt am Produktionsapparat zu erfassen, ihr in allen Tagesnöten beizustehen und die Führung in jedem Kampfe wirtschaftlicher oder politischer Art zu übernehmen. Die KPD. muß sich in jeder Hinsicht das Vertrauen der Arbeiterschaft erwerben, muß an praktischen Beispielen den SPD.-Arbeitern und Indifferenten die verräterische Rolle der SPD.-Führer vor Augen führen.

Die Reorganisation und der Aufbau der Zellen

Vom 1. bis 9. Januar soll laut Arbeitsplan der Aus- und Ausbau der Zellen vorgenommen werden, wo der Zellenaufbau noch nicht vorgenommen oder noch nicht richtig durchgeführt worden ist. Die Umstellung ist bei weitem noch nicht so gediehen, wie es im Interesse der Partei notwendig wäre. **Man muß auch die Umstellung richtig vornehmen,** um einen Fortschritt zu erzielen, sonst kann es eintreten, daß die Partei einen Rückschritt zu verzeichnen hat. Man geht am besten folgendermaßen vor:

1. Die **Ortsgruppenleitungen** eines Arbeitsgebietes stellen an Hand des **Mitgliederverzeichnisses** fest, in welchem Betrieb die einzelnen Genossen beschäftigt sind. **Mitglieder, die nicht im Betrieb beschäftigt sind, werden gesondert geführt** (Registrierfragebogen habe verwenden). Dieses Material dem Arbeitsgebietsleiter übermitteln.

2. Die Fragebogen der Mitglieder, die in Betrieben beschäftigt sind und deren Betrieb nicht im Ortsgruppenbereich liegt, werden dem Arbeitsgebietsleiter übermittelt. Die Arbeitsgebietsleiter werden verpflichtet, dort die Bildung der Zellen vorzunehmen. Zur genauen Uebersicht legt sich **jeder Arbeitsgebietsleiter ein Verzeichnis der in seinem Gebiet vorhandenen Betriebe zu.**

3. Wo die Partei schon auf Zellen umgestellt ist, sind die Betriebe und deren Leitung, sowie auch die Straßenzellenleitung der Arbeitsgebietsleitung zu übermitteln.

Um diese Arbeiten durchzuführen, hat jeder Ortsgruppenleiter dies sofort seinen in Frage kommenden Arbeitsgebietsleiter über die drei Abschnitte mitzuteilen, und zwar bis zu einem bestimmten Termin. **Der Arbeitsgebietsleiter hat die Pflicht, dann sämtliche Ortsgruppenleiter und -mitglieder zu laden und die Umstellung betriebsweise vorzunehmen** und den richtigen Mann in jedem Betrieb als Betriebszellenleiter zur Wahl vorzuschlagen. Wo im Betrieb noch keine Betriebszelle aufgemacht werden kann, weil keine drei Genossen beschäftigt sind, gelten diese als Vertrauensleute. Eine rege Mitgliederwerbung muß die Möglichkeit geben, auch dort die Zelle aufzubauen. Jede Zelle hat einen Kassierer zu wählen, um in der Zelle zu kassieren, ferner einen Haupt-Presse-Korrespondenten, der sich seine Mitarbeiter sucht. Der Ausbau jeder Zelle ist schnellstens vorzunehmen, der Ortszellengruppenleiter hat jede Zelle bei ihrer Arbeit zu unterstützen.

Genossen, besprecht den Plan, damit arbeitsgebietsweise die Zellen so schnell wie möglich aufgebaut werden! **Jeder Mann am richtigen Platz! ist die Parole,** damit der Anspruch Lenins: **„Jeder Betrieb unsere Festung" Wirklichkeit wird. Heran an die Arbeit!**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260107-13/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Um ein städtisches Verkehrsamt

Der Verkehrsausschuß beschäftigte sich in der letzten Sitzung mit den Vorarbeiten zur Errichtung eines städtischen Verkehrsamtes. In der Vorlage wurden 20 000 Mk. gefordert für Umbauarbeiten im Roten Turm, um die jetzt noch dort befindliche Polizeiwache und **sonstige Räume für das Verkehrsamt auszubauen. Daß diese Vorlage für den Magistrat äußerst wichtig war, bewies die Anwesenheit des Oberbürgermeisters Rive und des Bürgermeisters Seydel.** An den Ausführungen des Oberbürgermeisters Rive war äußerst interessant, daß der Hallische Wertschafts- und Verkehrsverband bisher sehr wenig leisten konnte, **weil er keine finanzielle Unterstützung durch die Organisationen von Handel und Industrie erhalten habe.** In anderen Städten sehe es im Gegensatz zu Halle anders aus, da wären es diese Organisationen, die unter Leitung der Stadt die **tatkräftigste finanzielle Unterstützung bereitstellten.** Aus diesem Grunde müsse nun die Stadt selbst dazu übergehen, ein Verkehrsamt zu errichten, weil für Halle außerordentlich große Fragen für die Zukunft in bezug auf die kommende Stadthalle, die Luftschiffahrt, den Mittellandkanal uid die Saaleschiffahrt zu lösen sind.

Die kommunistischen Redner betonten, daß in der Zeit der Wirtschaftskrise alles andere zurückzustehen habe, um alle verfügbaren Mittel den Erwerbslosen und für den Wohnungsbau bereitzustellen. Die Errichtung eines Verkehrsamtes steht in unmittelbarem Zusammenhange mit der Erbauung der Stadthalle und die Stadtverordnetenversammlung hätte jetzt für die städtische Bevölkerung, die zu einem großen Teil arbeitslos sei und bei sehr **geringer Erwerbslosenunterstützung auf der Straße liegt, alle Veranlassung,** diese Pläne aufzugeben, um den Opfern der anarchistischen Wirtschaftskrise zu helfen.

Die Vorlage wurde gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Wenn das Reichsbanner dem Stahlhelm nachläuft

Der „Alte Dessauer" bringt in seiner Nummer vom 2. Januar einen Bericht, von dem man nicht weiß, ist er grotesk oder tragisch. Zuerst muß man nämlich furchtbar darüber lachen, dann aber wird man ernst und schämt sich für die Arbeiter im Reichsbanner, die sich alles, aber auch einfach alles von den Faschisten bieten lassen. In diesem Bericht heißt es:

„Ortsgruppe Halle. An der Einweihung der Gefallenen-Gedenktafeln in der Johanniskirche am Sonntag, 6. Dezember, nahm auch der Bezirk Süd-Ost des Stahlhelms mit der Fahne der Ortsgruppe teil. In Stärke von ca. 100 Mann und in einheitlicher feldgrauer Kleidung rückte der Bezirk in die Kirche ein und nahm zum Teil rechts und links des Altars Aufstellung. Auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold war mit einer kläglichen Abordnung erschienen. Ein Reichsbannermann erschien im Leilow-Vorhed-Hemd, der zweite Begleiter der Fahne im karierten Straßenanzug und der dritte in feldgrauem Rock mit gelber Hose. Jedenfalls wurde die Abordnung den bisherigen Taten des Reichsbanners entsprechend behandelt."

Es ist wirklich der schlimmste Tiefstand der Reichsbannerbewegung, wenn man sich gerade im Halle des Herrn Duesterberg an den Stahlhelm anzubiedern versucht — und noch dazu so kläglich Schiffbruch erleidet. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die sich vor Tagen über die Bibelherausgabe des ADGB. sogar im „Volksblatt" entrüsteten, müssen hier erleben, wie das Reichsbanner in der Kirche knallige Stahlhelmfeiern mitmacht, von den man ganz genau weiß, daß sie die Toten des Weltkriegs nicht ehren, sodnern verhöhnen und daß sie geistige Sammlung für neue imperialistische Kriege bedeuten. Dabei muß sich die Abordnung des Reichsbanners gefallen lassen, daß man sie ihrer Kleidung wegen scheel ansieht und daß man sie „entsprechend behandelt". Hierüber regt sich kein Mensch auf, am wenigsten in der Führung des Reichsbanners, und es liegt ja auch in der Linie der Hindenburg-Paraden und Hörsing-Befehle. Wo aber ein Reichsbannermann in Halle es wagen sollte, sich an einer Veranstaltung oder Feier seiner proletarischen Klassengenossen, der Roten Frontkämpfer, zu beteiligen, da wäre der Sturm entfacht. In Halle gibt es ja bei der SPD. nicht die Parole: „Der Feind steht rechts", was von Herren Runge und Grützner schlagend bewiesen wurde. Daß man im hiesigen Reichsbanner jedoch so würdelos dem Stahlhelm nachläuft, müßte jedem proletarischen Reichsbannermann den letzten Beweis liefern, daß man Klassenharmonie will mit den Leuten, die verwandt und verschwägert mit den Fememördern sind.

Das ist schon nicht mehr grotesk, sondern eine tiefe Tragik für die Arbeiterklasse, denn wer vom Bürgertumißt, stirbt daran.

Zwei völkische Prachtexemplare

Auf dem hallischen Hauptbahnhof hat sich in letzter Zeit eine Faschistenmeute angesiedelt, die es für ihre Aufgabe hält, ahnungslose Reisende, auch wenn sie schon alt sind und bestimmt nicht nach Rauferei aussehen, zu belästigen. Wie uns mitgeteilt wird, spielen sich diese Szenen im Wartesaal 3. und 4. Klasse ab. Der eine dieser Jünglinge heißt Willi Graf, der andere ist ein gewisser Karl. Letzterer hat sein Spezialgebiet in Likörflaschenmausen bei der Firma Kantorowicz, in deren Hause er auch wohnt. Herr Willi Graf aber ist eine besonders edle Sorte teutscher Tugend. Er war früher im Wehrwolf und rühmt sich außerdem, mit den Ehrhardt-Truppen in Berlin gegen die Arbeiter gekämpft zu haben. Außerdem gibt er gern die Erzählung zum besten, daß er einmal bei einer Schlägerei in Trotha einen Gummiknüppel mit Stahleinlage besessen hätte, den er kräftig gebraucht habe. Als dann die Polizei kam, habe er rasch den Knüppel einem anderen gegeben und selbst einen Gummireifen von einem Kinderwagen vorgezeigt, so daß er von der Polizei weiter nicht behelligt worden wäre.

Den Reisenden, die im Wartesaal des Bahnhofs diese provozierenden Geschichten mit anhöre n müssen, wird mit Schlägen gedroht, wenn sie etwas dagegen sagen. Daß der andere der beiden Kumpane, der gewisse Karl, äußert, er werde nie mehr arbeiten, habe aber trotzdem immer Geld, und er habe gerade seiner Schwester die Uhr gestohlen, paßt nur in das Bild dieser völkischen Prachtexemplare, von denen die Reisenden zu befreien schleunigst von der Polizei bewerkstelligt werden sollte. Aber die hallische Polizei hat bekanntlich immer da ihre Augen, wo es nichts zu sehen gibt, sonst wären diese Art Faschisten längst unschädlich.

Die Gefahr von Fallschirmabsprüngen

Vor einiger Zeit verunglückte bei einer Luftfahrtveranstaltung ein Fallschirmabspringer infolge Versagens des Fallschirms tödlich. Der Unfall war offenbar darauf zurückzuführen, daß die Leinwandhülle, die den Fallschirm birgt, infolge Regenwetters durchnäßt und durch die Feuchtigkeit steif geworden war, so daß infolgedessen beim Absprung die Stärke der Zugleinen nicht genügte, um den Fallschirm aus dem verquollenen Tornister herauszureißen. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, bemerken der preußische Handelsminister und der Minister des Innern zur Verhütung künftiger ähnlicher Unfälle in einem gemeinsamen Runderlaß hierzu folgendes:

Bei Fallschirmabsprüngen handelt es sich in der Regel um „Luftveranstaltungen", die gemäß § 11 des Luftverkehrsgesetzes der behördlichen Genehmigung unterliegen. Diese Genehmigung kann versagt werden, wenn Tatsachen vorliegen, die die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet erscheinen lassen. Hiernach kommt also die Anwendung der allgemeinen landesrechtlichen Polizeivorschriften in Frage. Jedoch wird es im allgemeinen genügen, wenn sich die genehmigende Behörde die Ausbildung des Abspringenden bei einer Fallschirmfabrik nachweisen läßt, und wenn das Gerät vor den Abspringen einer Prüfung unterzogen wird.

Keine Verlängerung der Fristen des Aufwertungsgesetzes

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst wiederholt mitteilt, werden die Fristen des Aufwertungsgesetzes nicht verlängert. Zur Anmeldung gemäß § 16 des Aufwertungsgesetzes ist Angabe des Eigentümers, des persönlichen Schuldners oder der Forderungshöhe nicht erforderlich. Es genügt, daß aus der Anmeldung hervorgeht, um welche Hypothek es sich handelt, und daß ihre Aufwertung gewünscht wird. In diesem Sinne hat sich auch das Kammergericht in einem Gutachten vom 9. Dezember v. J. das in Nr. 2 der „Rechtsprechung in Aufwertungssachen" veröffentlicht ist, ausdrücklich ausgesprochen.

Hallische Tageschronik

Warnung!

Durch die mißbräuchliche Benutzung von Wein-, Bier- und Mineralflaschen zur Entnahme und Aufbewahrung von gesundheitsgefährdenden und ekelerregenden Flüssigkeiten (Petroleum, Benzin, Salmiakgeist, Säuren, Laugen usw.) sind wiederholt Unglücksfälle, Vergiftungen und sonstige gesundheitliche Schädigungen vorgekommen.

Es wird daher vor der Benutzung solcher Flaschen zum Aufbewahren derartiger Flüssigkeiten dringend gewarnt und empfohlen, hierzu nur die von den Mitgliedern des hiesigen Bezirksvereins im Deutschen Drogisten-Verbande von 1873 (E. V.) eingeführten dreieckigen Flaschen zu verwenden.

Zusammenstoß

Am 5. Januar, gegen 8,30 Uhr vormittags, stieß in der Merseburger Straße ein Personenkraftwagen mit einem Fuhrwerk zusammen. Der Kraftwagen wurde stark beschädigt. Personen wurden nicht verletzt.

Die Not der Angestellten

Vom Arbeiterkorrespondenten W. L., Bendix.

Ist schon die Arbeitslosigkeit innerhalb der Handarbeiterschaft eine sehr bedeutende, die sich von Tag zu Tag noch verstärkt, so ist diese — verhältnismäßig — in den Kreisen der angestellten Kopfarbeiter noch weit schlimmer und die Not infolgedessen äußerst groß. Mit der sogenannten Markstabilisierung begann das Elend. Viele Zehntausende, insbesondere buchhalterisch tätige männliche Angestellte, wurden aus ihren Stellungen entlassen, da sie überflüssig geworden waren. Vor allem waren es hier auch die **Banken, die sich während der Inflationszeit ihren Profit gesichert hatten und die Kopfarbeiter zum größten Teil auf die Straße warfen.** Während nun die Lage der Handarbeiter sich vorübergehend etwas besserte und die Arbeitslosigkeit abnahm, wurde die Situation für die Angestelltenschaft eher noch ungünstiger, und heute finden mit den Ablohnungen der Arbeiter **Massenkündigungen der Angestellten** statt. Besonders zu Ende des eben vergangenen Jahres flogen wieder viele Tausende aufs Pflaster. Ist es schon für den Handarbeiter schwierig oder überhaupt aussichtslos, irgendwie eine andere als die erlernte Beschäftigung zu finden, so ist dies noch mehr bei den Kopfarbeitern der Fall. Unzählige haben schon länger als zwei Jahre nicht mehr in ihrem Berufe arbeiten können. Viele hatten nur vorübergehend wieder eine Aushilfsstellung inne, und ein Teil arbeitet, soweit er nicht auch schon wieder entlassen wurde, in meist unter allem Hund bezahlten Posten als Handarbeiter, soweit er überhaupt sich dieser Arbeit anpassen konnte und vorausgesetzt, daß er diese Arbeit fand. Die Nichtarbeitenden hungern sich mittels der ihnen von der demokratischsten aller Republiken gnädigst gewährten Unterstützung durch, insofern sie noch solche kriegen, oder lassen sich von Angehörigen ernähren. Einige „Uebermütige" ziehen es auch vor, ihr Leben im Jenseits weiter zu führen. Nicht so sehr viele waren es bis jetzt, die ihr Los an der Seite der revolutionären Arbeiterschaft zu verbessern suchten.

Wie schon anfangs gesagt, sind es in erster Linie die männlichen Angestellten, und hier wieder die älteren, die der Arbeitslosigkeit zum Opfer fallen. Das Unternehmertum läßt vor allem die jüngeren Kräfte und die weiblichen Angestellten in seinen Diensten stehen. Diese kann es am meisten und besten ausbeuten. Für das weibliche Personal werden zum großen Teil die traurigsten Hungerlöhne gezahlt.

Monats-„Gehälter" von 30, 40 und 50 Mark sind keine Seltenheit.

Erhöhung des Tarifs wird von den kapitalistischen Ausbeutern kategorisch abgelehnt oder es werden nach langen Verhandlungen lächerliche Zugeständnisse gemacht. Bezahlungen der Ueberstunden gibt es fast überhaupt nicht mehr; viele Angestellte müssen bis in die Nacht hinein umsonst arbeiten. Daß die Behandlung der Bureauangestellten im Allgemeinen zu wünschen übrig läßt, kann sich jeder denken. Wer gegen diese Verhältnisse rebelliert, oder wer die Gratisüberstunden verweigert, fliegt unerbittlich heraus. Kein Wunder, daß sich unter solchen Umständen in den Kontoren und Geschäftsräumen ein übles Kriechertum breitmacht, das wenig zu entschuldigen, aber zu verstehen ist.

Bezüglich der Betriebsräte sah es schon in den Jahren 1919 bis 1923 trübe aus, heute existiert in den meisten Firmen überhaupt kein solcher mehr, da aus Furcht vor Entlassung niemand einen Posten als Betriebsrat oder Obmann annimmt. Gewerkschaftlich, und hier vor allem natürlich freigewerkschaftlich, und politisch links sind noch die allerwenigsten organisiert. Wenn schon überhaupt, dann ist man in schwarzweißroten Verbänden bzw. im Stahlhelm oder Wehrwolf Mitglied, oft deshalb auch, um seine Stellung zu halten, meist aber, weil man in den Kreisen der Angestelltenschaft, der Kopfarbeiter (!), in dieser Beziehung so wenig denken kann und noch ganz reaktionär eingestellt ist. Selbst viele der Arbeitslosen sind in ihrer traurigen Lage noch nicht klug geworden und erhoffen noch von den sogenannten nationalen Parteien und Organisationen eine Besserung ihrer Lage. Der Kommunistischen Partei steht man entweder verständnislos oder gar feindlich gegenüber. Dies kommt vor allem daher, weil die Angestelltenschaft noch weit mehr als die Handarbeiter bürgerliche Zeitungen lesen und von diesen selbstverständlich nicht über ihre Lage aufgeklärt werden. Trotz Krieges und Novemberzusammenbruches dünkt man sich vielfach innerhalb der Angestelltenschaft als „etwas Besseres" denn ein Handarbeiter, obwohl gerade der Angestellte sich im allegemeinen seit vielen Jahren wirtschaftlich viel schlechter noch steht wie der handarbeitende proletarische Bruder. Auch viele Arbeiter sehen auf den kopfarbeitenden Proletarier etwas geringschätzig herab und betrachten dessen Arbeit als keine. Diese gegenseitige Verachtung ist heute weniger denn je angebracht und es muß alles daran gesetzt werden, eine

gemeinsame Kampffront gegen die gemeinsamen Ausbeuter

zustande zu bringen, zeigt doch die wirtschaftliche Lage auch die Gemeinsamkeit des Loses dieser zwei Gruppen Arbeiter. Es liegt nun hier vor allem an der die Verhältnisse erkannten klassenbewußten Arbeiterschaft, mit ihren Arbeitsbrüdern Fühlung zu suchen, sie in ruhiger und sachlicher Weise aufzuklären, ihnen mit Verständnis entgegenzukommen und ihre Vorurteile und falschen Ansichten über die Ziele und Aufgaben der Kommunisten zu zerstreuen. Die sich noch weit mehr verschlimmernde Wirtschaftskrise wird diese Propaganda für den revolutionären Kampf wirksam unterstützen.

Von einem Kollegen, der auch einmal vorurteilsvoll war, dann aber zur Erkenntnis kam, sei dem ausgebeuteten nud arbeitslosen Kopfarbeitern zugerufen:

Tretet in die KPD. und in die freien Gewerkschaften ein, kämpft mit uns anderen an der Seite unserer handarbeitenden Arbeitsbrüder für ein menschenwürdiges Dasein!

Freitag vormittag 10½ Uhr im „Volkspark" große Erwerbslosenversammlung

---

Kronprinzen auf Reisen

Feste-druff-Wilhelm und Carol a. D.
Saßen in Mailand beim Fünfuhr-Tee.

„Ich träume noch manchmal von Charleville:
Ein bißchen Bumbum und viel Killekille!
Ein kesses Luder auf jedem Knie —
Wie Fridericus in Sansouci!
Heute Lisette und morgen Marie —
Prost, Carol! Und Sie?" —

„Die Weiber von Jassy muß man bei Nacht sehn!
Das war meine Sehnsucht im Sommer achtzehn.
Die Stimme des Blutes verschafft sich Gehör —
Drum bin ich so wenig wie Sie Deserteur.
Dann hab ich mit Flugzeugen im trüben gefischt
Jetzt hat mir Bratianu eins ausgewischt
Und mich für den Romang an die Luft gesetzt.
Aber das kommt auch mal anders. Und wie geht's Ihnen jetzt?" —

„Täglich besser und besser! Meinen Harem in Oels
Finanziert jetzt die Firma Hindenburg-Wels.
Ist Papa erst tot — was der Himmel verhüte —,
Dann bin ich so richtig Hahn in der Tüte.
Vorläufig mach' ich in Landbund und Freiheitspartei —
Heute Hakenkreuz und morgen wieder mal Schweinerei!"

Drauf haben die Hohenzollernsprossen
Ihr Ruhestandsglück mit Champagner begossen.
Wie glänzten die Orden, wie gleißten die Bänder
Beim Dankbarkeitsschluck auf die Vaterländer!

Slang.

„Freiheit in Wort und Bild"

Kürzlich wurde der „Simplicissimus" von der Polizei wegen einer karikaturistischen Zeichnung von Heinrich Zille beschlagnahmt. Das Stuttgarter Amtsgericht hat erneut die Beschlagnahme des „Simplicissimus" verfügt, da er unter dem Titel: „Nieder mit der Karikatur" eine Anzahl von Nacktphotographien aus unbeanstandet gebliebenen Zeitschriften brachte. Der Kampf der Staatsanwaltschaft gegen die Kunst richtet sich bereits auch gegen solche typisch bürgerlichen Blätter wie den „Simplicissimus".

Vom neuen Rußland

Vom Neuen Rußland, der bekannten Monatsschrift für Kultur und Wirtschaft, herausgegeben von der Gesellschaft der Freunde des neuen Rußlands in Deutschland, ist soeben das Doppelheft 9/10 des zweiten Jahrgangs erschienen. Die wieder sehr reichhaltige und illustrierte Nummer enthält beachtenswerte Beiträge von Lunatscharski, Tschitscherin, Semaschko, Dr. Emanuel Lasker, den Professoren Ludin, Scharel, Schmit und anderen namhaften Kennern des russisch-deutschen Geisteslebens. Das Doppelheft kann gegen Einsendung von 1 Mark von der Schriftleitung Erich Baron, Berlin-Pankow, Kavalierstr. 10, bezogen werden.

Die kommunistische Internationale

Aus dem Inhalt des soeben erschienenen Heftes der Zeitschrift „Die kommunistische Internationale" (Preis 1,50 Mk.) heben wir hervor: Sinowjew: Acht Jahre Revolution; Gussew: Frunse und die Rote Armee; Bela Kun: Nach dem weißen Terror; Potrowski: Die Revolution von 1905; Wilhelm Pieck: Partei- und Führerkrisen in der KPD., mit einer Antwort der Redaktion der KJ. Den Schluß des reichhaltigen Heftes bilden Buchbesprechungen.

Theater und Konzerte

Stadttheater. Am heutigen Donnerstag zum erstenmal „Die verkaufte Braut". In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen: Jörn, Voß-Andree, Seliger, Strempel; die Herren: Golluh, Benkrander, Roesler, Kathammer, Burchhardt, Herlt. Musikalische Leitung: Kapellmeister Hans Roessert. Spielleitung: Oberregisseur Aug. W. Roesler. Freitag „Ingeborg", Sonnabend 7½ Uhr „Die verkaufte Braut", Sonntag 3 Uhr „Das gewandelte Teufelchen", abends 7½ Uhr „Der Orlow".

Stadttheater. Das 5. städtische Sinfoniekonzert bringt eines der in den Konzertsälen viel zu seltenen Brandenburgischen Konzerte von J. S. Bach für Soloflöte, Sologeige und konzertierendes Klavier mit Streichorchester. Soloflötist Weidlich, Konzertmeister Versteeg und Generalmusikdirektor Band haben die Solostimmen übernommen. — Das Klavierkonzert Es-Dur von Mozart, gespielt von Professor Georg Schumann (Berlin) und die Erstaufführung von des letzteren Orchestervariationen über ein Thema von Händel vervollständigen das Programm. — An rechtzeitige Einlösung der 2. Rate wird erinnert.

Am kommenden Dienstag (12. Januar) findet ein einmaliges Gastspiel des Russ... Romantischen Balletts bei aufgehobenem Abonnement statt. An der Spitze d... Balletts wirkt Elsa Krüger.

Volksbühne. Spieltage: „Intermezzo": 6. Januar (L); „Verkaufte Braut": Sonnabend, 9. Januar (G), und 13. Januar (H); „Intermezzo": 27. Januar (...); „Belinde": 18. Januar (A), 20. Januar (B), 25. Januar (C), 1. Februar (...). Einlösung der Beitragsmarken in der Geschäftsstelle. Sonntag, 10. Januar, findet die Hauptprobe zum 5. Städtischen Sinfoniekonzert im Stadttheater (Beginn 11 Uhr) statt. Die Mitglieder der Konzertgemeinde werden gebeten, ihre Karten ...gehend in der Geschäftsstelle abzuholen. Als Sonderveranstaltung wird am Sonnabend dem 16. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Stadttheater „Das gewandelte Teufelchen", Weihnachtsmärchen von Paul Hermann Hartwig, gegeben. Karten ... der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14.

Volksbühne. Das Weihnachtsmärchen wird für uns nochmals am 16. Januar ... 3 Uhr, im Stadttheater gegeben. Karten zu 50 Pfennig, 1 Mark und 1,50 M... in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14. Für die Mitglieder der ersten Reihe ... Gelegenheit, Karten zur Intermezzo-Aufführung am 6. Januar zu bekommen. Spieltage: Belinde von Herbert Eulenberg: 18. Januar (A); 20. Januar (B); 25. Januar (C); 1. Februar (D). Verkaufte Braut: 9. Januar (G) und 13. Januar (H). Intermezzo: 6 Januar (L) und 27. Januar (J). Einlösungstermin für ... bis 4. Januar, für H bis 5. Januar, für A bis 9. Januar. Die Mitglieder ... Konzertgemeinde können ihre Karten für die 5. Hauptprobe der Städtischen Sinfoniekonzerte (Sonntag, 10. Januar, 11 Uhr im Stadttheater) in der Geschäftsstelle bis 6. Januar abholen.

Kabarett Rakete, Kleine Klausstraße. Um es vorweg zu sagen, das Januar... Programm entspricht nicht der vorangegangenen Reklame. Neben der übli... Tänzerin der Ansager, der zugleich als „moderner" Vortragskünstler wirken ... Sein Hauptschlager soll eine „Tannhäuser-Parodie" sein. Nach dem Gehörten ... man zu der Ueberzeugung kommen, daß der Vortragende von Tannhäuser ... Ahnung hat. Seine „Aphorismen" sind zu ertragen, da man deutlich merkt, ... sie zum Teil aus geistigen Köpfen stammen. — Pat und Patachon, eine ...lungene Kopierung, der absolut kein Geschmack anhaftet. Dieselben Kräfte ... zum Schluß einen Tanzstunden-Sketsch, der sich derselben „Vorzüge" erfreut. ... verbleiben somit zu erwähnen: Käthe Hagedorn und Doktor Allos. Erstere besitzt zweifellos die Talente, die es ihr bei intensivem Studium ... Arbeiten ermöglichen, bald einen künstlerischen Ruf zu erhalten. Die ge... Ausnutzung der nicht allzu umfangreichen Stimme bedarf noch weiterer Schul... insbesondere da, wo der Vortrag charakteristische Personen und Handlu... wiedergibt und dementsprechend wirken soll. Also die Ausdrucksform ... verschiedentlicher gestalten, der eigenen Empfindung freieren Lauf lassen. ... der Wille zum weiteren Aufstieg vorhanden, dann muß Käthe Hagedorn ... vorgeschlagenen Weg beschreiten. — Auf Dr. Allos, der sicher der Meinung ... auf seine Kollegen von oben herab blicken zu können, trifft das Vorherge... ebenfalls zu. Abgesehen davon, daß sein Repertoire sich herzlich wenig ver... hat, ist auch in seinen neuesten Werken ein geistiger Fortschritt nicht zu versp... Was soll in dieser Zeit der Unsinn vom „Mephistoles im Himmel"? ... schlägt sich hiermit der Verfasser selbst. Und ebenso geistig unverständlich ist ... Vortrag vom „Besuch in einem Irrenhaus". Es folgt eine Schilderung der ...schiedenartig vorhandenen Mahne und zum Schluß die Erklärung, er habe keine Irrenanstalt besucht, sondern hat nur einmal mit offenen Augen die ... gesehen! Das ist die Pointe, von einer Schlußfolgerung keine Spur. Wir ...statieren somit bei Allos keinen Fortschritt, sondern einen Stillstand in ... Schaffung von Werken moderner Vortragskunst. Die Welt richtig sehen, die ...geschichte richtig verstehen und daraus die richtigen Schlußfolgerungen ziehen, ist auch Bedingung für Dr. Allos.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260107-13/fragment/page=0006

weite Hilfsaktion der IAH. für die Gerbstedter werktätige Bevölkerung

Eine Ohrfeige für den unduldsamen Pfaffen- und Monarchistenklüngel

Im vollbesetzten Saal des „Goldenen Ring" in Gerbstedt nd am letzten Sonntagnachmittag erneut eine **Verteilung von ebensmitteln durch die Internationale Arbeiter-Hilfe statt.**

Genosse Höcker, Halle, erinnerte in seiner Ansprache daran, daß n September v. J. die IAH. nach der Unwetterkatastrophe ein ilfskomitee gründete und auch die SPD. aufforderte, mitzuarbeiten. Eine Antwort erfolgte nicht. Nach drei Tagen prangte aber e SPD. unter dem Aufruf zur Gründung der bürgerlichen „Notlfe" gemeinsam mit den Deutschnationalen und dem öniglin-Luise-Bund. Vorsitzender dieses Komitees wurde r evangelische Pastor Luther. Eine Partei, deren örtliche eitung sich vor einigen Monaten mit den Monarchisten solidaeterte, hat heute kein Recht, gegen die schamlose Fürstenabfindung protestieren, die von den Pfaffen und Monarchisten auf das rigste gefördert wurde. Die IAH. als überparteiliche proletaische Hilfsorganisation hat alle vom Unglück betroffenen Familien ne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit und das religiöse Glaubensbekenntnis unterstützt.

Die „fromme" evangelische Kirche und ihr Pastor Luther waren cht so tolerant. Als Leiter der „Nothilfe" erhielt letzterer größere

Parteigenossen

e bei der Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Feier mitwirken wollen, erden gebeten, heute abend 8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft zu erscheinen.

---

eldbeträge aus Kollekten, Sammlungen, Zuschüssen von Körperhaften usw., insgesamt 7000 Mark. Das Geld ist kurz vor Weihchten verteilt, und zwar erhielten die einzelnen Familien Beträge von 30 bis 100 Mark. Das Niederträchtige dieses Vorganges steht darin, daß **nicht die Bedürftigkeit geprüft** wurde, sondern **erhielten nur die Frauen Geldbeträge, die noch der Kirche angeren. Bergarbeiter, Invaliden, Witwen, die am stärksten von der eberschwemmung betroffen wurden, aber das Verbrechen begangen haben, der Kirche den Rücken zu kehren und sich freimütig s Dissidenten bezeichneten, erhielten keinen Pfennig.**

Für diesen unerhörten Skandal trägt der Vorstand der Gerbstedter SPD. die volle Verantwortung, deren Vertreter dem Vorstand der „Nothilfe" angehört.

Genosse Höcker wies darauf hin, daß für die jetzige Hilfsaktion **die Schraplauer Gemeindevertretung 200 Mark bewilligte.** In nem Schreiben des Bürgermeisters von Schraplau an die IAH. steht es u. a.:

„... Bei der Verteilung ersuchen wir, die wirklich bedürftigen Personen zu berücksichtigen. Die Berücksichtigung muß erfolgen ohne Rücksicht auf Religion, Parteistellung, Beruf usw. ..."

Diesem Wunsche ist die IAH. in vollem Umfange nachgekommen. Angehörige der SPD. und KPD., sowie politisch norganisierte Arbeiter und Witwen wurden bei der Zuwendung er Lebensmittelpakete berücksichtigt.

Genosse Höcker richtete einen Appell an die Anwesenden, dem Monarchisten- und Pfaffenklüngel zum Trotz und dem proletarischen Befreiungskampf zum Schutz an dem Ausbau ihrer eigenen Hilfsorganisation, der IAH., tatkräftig mitzuarbeiten.

Zur Verteilung gelangten 62 Lebensmittelpakete an „überwemmte" Familien, 51 Lebensmittelpakete an Erwerbslose ledige und verheiratete), zusammen 114 Pakete. Die Pakete enthielten je 1 Brot, 1 Pfund Zucker, 1 Pfund Reis, 1 Pfund Wurst, 1 Pfund Margarine.

Außer den 200 Mark der Schraplauer Gemeindevermaltung hatten die Gerbstedter **Funktionäre der IAH. 80 Mark gesammelt.** Ferner wurde ein Restbetrag in gleicher Höhe aus der Sammlung vom September v. J. verwendet.

Am Schluß der Verteilung erklärten 20 Anwesende ihren Beitritt zur IAH.

Abends fand eine Sonnenwendfeier statt, gemeinsam veranstaltet von der IAH. und den Proletarischen Freidenkern.

*** Internationaler Bund der Opfer der Arbeit und des Krieges.** Heute abend findet um 8 Uhr in der „Goldenen Kette" unsere Funktionärsitzung statt. Jeder Funktionär ist verpflichtet, unbedingt zu erscheinen.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

Heute, 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft Sprechchorprobe, alle Beteiligung der Genossen ist notwendig.

Freitag, 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft Gruppenabend. Thema: „Warum sind wir Kommunisten?" Alle Genossen, welche im KJV. organisiert sind, beteiligen sich an der Generalversammlung.

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Ammendorf

Freitag, den 8. Januar, treffen sich nur die Theater- und Mandolinen-Spieler.

Sonnabend, den 10. Januar, treffen sich sämtliche Mitglieder 9 Uhr in der „Post" zu Demonstrationen. Erscheinen ist Pflicht.

Sonntag, 10. Januar, nachmittags 5 Uhr, Funktionärsitzung in der „Post".

Prozentualer oder fester Lohnsteuerabzug

Mit Wirkung vom 1. Januar 1926 sind zwei Arten des Steuerabzuges vom Lohn möglich; der Abzug unter Freilassung eines prozentual zu berechnenden steuerfreien Lohnanteils und der Abzug nach Freilassung eines starr festgesetzten steuerfreien Lohnanteils. Beide Arten muß der Arbeitnehmer genau kennen, wenn er sich vor Schaden bewahren will.

1. Der prozentuale Steuerabzug. Hierbei ist zunächst für den Arbeitnehmer, soweit seine Person in Frage kommt, ebenfalls starr festgelegt, daß für ihn monatlich 100 Mk., wöchentlich 24 Mk. oder der täglichen Lohnzahlung 4 Mk. vom Lohne steuerfrei bleiben. Ist der Arbeiter verheiratet, so bleiben für seine Ehefrau von dem Lohn, den er mehr verdient als seinen steuerfreien Betrag, noch 10 Prozent von der Steuer frei. Ebenso bleiben für jedes Kind 10 Prozent steuerfrei.

Beispiel:

Ein verheirateter Vorarbeiter mit zwei Kindern verdient wöchentlich einen Bruttolohn (ohne jeden Abzug) von . . . . . 58,00 Mk.
Für ihn sind steuerfrei . . . . . 24,00 „
Bleibt Rest 34,00 Mk.

Hiervon bleiben noch für Frau und zwei Kinder je 10 Prozent, gleich 3×3,40 Mk. frei = ... 10,20
so daß ein zu versteuernder Betrag bleibt von . 23,80 Mk.

Davon beträgt die Steuer 10 Prozent, gleich 2,38 Mk.

2. Der feste Steuerabzug. Hierbei ist zunächst für den Arbeitnehmer selbst ebenfalls der Betrag von monatlich 100 Mk., wöchentlich 24 Mk. und täglich 4 Mk. vom Lohn steuerfrei. Statt des prozentualen steuerfreien Lohnanteils für die Ehefrau und die Kinder sind hierbei für diese Personen feste Beträge angesetzt. Einschließlich des steuerfreien Lohnanteils des Arbeitnehmers sind dann folgende Beträge vom Lohn steuerfrei:

	im Monat	wöchentlich	täglich
Leddiger	100,00 Mk.	24,00 Mk.	4,00 Mk.
Verheirateter ohne Kinder .	110,00 „	26,40 „	4,40 „
Verheirateter mit 1 Kind .	120,00 „	28,80 „	4,80 „
Verheirateter mit 2 Kindern	140,00 „	33,60 „	5,60 „
Verheirateter mit 3 Kindern	180,00 „	43,20 „	7,20 „
Verheirateter mit 4 Kindern	240,00 „	57,60 „	9,60 „
Verheirateter mit 5 Kindern	320,00 „	76,80 „	12,80 „
Verheirateter mit 6 Kindern	400,00 „	96,00 „	16,00 „
Verheirateter mit 7 Kindern	480,00 „	115,20 „	19,20 „

Hat ein Witwer oder eine Witwe Kinder, so finden sie den steuerfreien Lohnanteil dadurch, daß sie von den in dieser Tabelle angegebenen Zahlen monatlich 10 Mk., wöchentlich 2,40 Mk. oder täglich 0,40 Mk. abziehen.

Abgesehen von ganz geringen Ausnahmefällen, den Grenzfällen, hat die Berechnung des steuerfreien Lohnanteils eine ganz verschiedenartige Wirkung, je nachdem, ob die prozentuale Berechnung oder die Berechnung nach dem festen System angewendet wird. Unser oben angeführtes Beispiel nach der prozentualen Berechnung ergibt für den Arbeiter mit Frau und zwei Kindern von 58 Mk. Wochenlohn einen zu zahlenden Steuerbetrag von 2,38 Mk. Würde die Steuer dieses Arbeiters nach dem festen System berechnet werden, so ergibt sich aus unserer Tabelle, daß er für sich, Frau und zwei Kinder nur 33,60 Mk. frei hat. Er verdient 58,00 Mk.
frei 33,60 Mk.
zu versteuern 24,40 Mk. mit 2,44 Mk.

Er muß hier 6 Pf. mehr an Steuern zahlen. Der Unterschied wird um so größer, je höher sein Verdienst ist. Bei höherem Lohn ist daher stets die prozentuale Berechnung anzuwenden. Ist der Lohn dagegen niedrig, so ist die Berechnung nach dem festen System bedeutend günstiger. Auch hierzu ein Beispiel:

Ein Arbeiter mit Frau und zwei Kindern verdient wöchentlich . . . . . 45,00 Mk.
Nach unserer Tabelle hat er hierfür einen freien Lohnanteil von . . . . . 33,60 „
so daß zu versteuern bleibt . . . . . 12,40 Mk.

Hiervon die Steuer mit 10 Prozent = 1,24 Mk., wenn das feste System angewendet wird. Wird dagegen für diesen Fall die prozentuale Rechnung angewendet, so ergibt sich:

Wochenlohn . . . . . 45,00 Mk.
Hiervon frei für den Arbeitnehmer selbst . . . . 24,00 „
Rest 21,00 Mk.

Davon sind für Frau und zwei Kinder frei je 10 Prozent = 3 × 2,10 Mk. = ... 6,30 „
Bleibt zu versteuern . . . . . 14,70 Mk.
mit 1,47 Mk. Steuer.

Da für den Arbeitnehmer die für ihn günstigste Art der beiden Berechnungsarten anzuwenden ist, führen wir zum sofortigen Auffinden der anzuwendenden Berechnungsart die Grenzfälle des Verdienstes zwischen beiden Arten wie folgt an:

	monatlich	wöchentlich
Verheirateter ohne Kinder	200,00 Mk.	48,00 Mk.
Verheirateter mit 1 Kind	200,00 „	45,00 „
Verheirateter mit 2 Kindern	233,33 „	56,00 „
Verheirateter mit 3 Kindern	300,00 „	56,00 „
Verheirateter mit 4 Kindern	380,00 „	91,20 „
Verheirateter mit 5 Kindern	466,66 „	112,00 „
Verheirateter mit 6 Kindern	528,75 „	126,86 „
Verheirateter mit 7 Kindern	575,00 „	138,00 „

Ist der Lohn niedriger als diese Grenzbeträge, so ist das feste System anzuwenden; ist er dagegen höher, so wird die Steuer nach der prozentualen Berechnungsart festgesetzt.

Für diejenigen Leser, die die Grenzbeträge nachrechnen möchten, ohne lange zu raten, sei angeführt, daß man nur daran zu denken braucht, daß nach dem prozentualen System für die Ehefrau und jedes Kind gleichmäßig 10 Prozent außer dem monatlich, wöchentlich oder täglich freibleibenden Betrag des Arbeitnehmers steuerfrei sind, daß aber dagegen bei dem festen System bis zum fünften Kind die freibleibenden Beträge für jedes einzelne Kind, wie unsere erste Tabelle aufweist, höher werden, die Beträge also verschieden sind. Wollen wir einen gleichbleibenden Grenzfall errechnen, so haben wir nur die für die Kinder, einschließlich der Frau, verschieden hohen Beträge gleichzumachen, und den Teil, der so für eine Person errechnet ist, als 10 Prozent zu betrachten, ihn auf 100 Prozent umrechnen und dazu den steuerfreien Lohnanteil von 24 Mk. für den Arbeitnehmer selbst hinzuzuzählen, und man hat die Grenzzahl. Den steuerfreien Anteil für nur Frau und Kinder finden wir aus unserer ersten Tabelle dadurch, daß wir von den dort angegebenen Zahlen den steuerfreien Lohnanteil des Arbeitnehmers abziehen, von den Monatszahlen 100, von den Wochenzahlen 24 und von den Tageszahlen 4 Mk.

Beispiel: Wie hoch ist der Grenzfall bei einem Arbeiter mit Frau und 3 Kindern in der Woche? In unserer ersten Tabelle finden wir als Steuerfreiheit den Betrag von 43,20 Mark. Davon ziehen wir 24 ab, bleibt 19,20 Mark. Dieser Betrag gilt für 4 Personen, nämlich Frau und drei Kinder. Wäre die Steuerfreiheit für jede dieser Personen gleich, so würde sich für jede Person 19,20 : 4 = 4,80 Mark ergeben. Denken wir uns diese 4,80 als 10 Prozent, so würden 100 Prozent = 48 Mark sein. Dazu die steuerfreien 24 Mark des Arbeitnehmers und wir haben 72 Mark Wochenlohn als Grenzfall. Kontrollieren wir jetzt:

I. prozentuale Berechnung: Wochenlohn . . . . 72,— Mk.
für den Arbeitnehmer steuerfrei . . . . . 24,— „
bleibt . . . . 48,— „
hiervon frei f. Frau u. drei Kinder je 10 Proz. = 4×4,80 = 19,20 „
bleibt zu versteuern . . . 28,80 „
mit 2,88 Mark Steuern.

II. nach festem System. Wochenlohn . . . . 72,— Mk.
Steuerfrei für Mann, Frau und drei Kinder nach unserer ersten Tabelle . . . . . 43,20 „
bleibt zu versteuern . . . 28,80 „
mit 2,88 Mark Steuern.

*** Arbeiter-Sängerchor Halle.** Morgen, Freitag, abend 8 Uhr im kleinen Saale des „Volkspark" Generalversammlung. Die passiven Mitglieder sind hierdurch besonders eingeladen.

Der Vorstand.

Diemitz

Erwerbslosenversammlung. Freitag, den 8. Januar, nachmittags 2 Uhr, große Erwerbslosenversammlung. Alles hat zu erscheinen.

Zscherben

Roter Frontkämpfer-Bund. Die Ortsgruppe beteiligt sich geschlossen an der **Proteskundgebung gegen den Fürstenraubzug** am Sonnabend, dem 9. Januar, abends ½8 Uhr, im Lokal Bolze. — Sonntag, den 10. Januar, vormittags 9 Uhr, treffen sich die Funktionäre zur Werbearbeit beim Vorsitzenden.

Querfurt. Todessprung aus dem Zuge. Dieser Tage fand man auf der Bahnstrecke Querfurt—Oberröblingen kurz vor dem Esperstedter Bahnhof die Leiche der Gesindevermieterin Spröde aus dem naheliegenden Esperstedt. Man nimmt an, daß sie als blinder Passagier den Güterzug benutzt und kurz vor Esperstedt verlucht hat, abzuspringen. Wahrscheinlich ist sie dabei durch einen unglücklichen Zufall unter die Räder des Zuges gekommen.

Oberröblingen a. S. Neuer Schachtunfall. In der Frühschicht auf dem benachbarten Tagebau „Waltens Hoffnung" stürzte eine Kohlenwand im Bruche ein und begrub den Häuer Harland-Oberröblingen und dessen Schieber Zipp-Esperstedt unter sich. Dem Z. wurde das rechte Bein zerschmettert, während H. erhebliche Kopfverletzungen davontrug. Beide wurden sofort in die hallische Klinik „Bergmannstrost" übergeführt.

Arbeiter-Sport

7. 1. 26

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe. Handball

Achtung, Schiedsrichter!

Unsere fällige Jahresversammlung findet nicht am Donnerstag, dem 7. Januar, sondern am Donnerstag, dem 14. Januar, im Restaurant „Zur Blume" statt. Ersuche um pünktliches Erscheinen. Anfang 8½8 Uhr. **Der Obmann.**

Fichte 1. Halle (Handball). Freitag, den 8. Januar, Mannschaftsübung in Rottraute Restaurant. Da wichtige Besprechung, ist Erscheinen Pflicht. Nach der Turnstunde.

Fichte, Halle (Kinderturnschule). Sonntag, 10. Januar, vormittags 9 Uhr, beim Sportgenossen K. Hartmig, Zwingerstraße 7, Hinterhaus, Sitzung. Sämtliche Schülerleiter müssen erscheinen. **Der Obmann.**

Expander-Klub Othello. Jahres-Generalversammlung am Sonntag, 10. Januar, im Vereinslokal Freundlich. Anfang 2 Uhr. Erscheinen jedes Mitgliedes ist unbedingt Pflicht. Nachdem gemütliches Beisammensein.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: J. V.: Wilh. Bornschein, Halle, Merseburgerstr. 14.

EJUS

Roman von Lawrence H. Desberry

Aus dem amerikanischen Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen

„Und wenn ich wieder daheim bin", schrie der junge Arzt außer sich vor Erregung, „dann werde ich Euch das Dach über dem Kopf zerreißen. Amerika hat schon viele Skandale erlebt, aber keiner wird sich mit diesem messen können." Er holte tief Atem: „Ah, wie wohl wird mir sein, wenn ich in der Zeitung lese, daß . . ."

Daß Doktor Herbert Sommerville zu zwanzig Jahren Zuchthaus verurteilt wurde", unterbrach ihn Ley mit einem höhnischen Lächeln.

Sommerville wurde totenblaß, die Augen traten ihn aus den Höhlen. „Schurke! Gemeiner Hund!" schrie er halb wahnsinnig vor Zorn. „Die Handlung, die mir das Zuchthaus eintragen wird, rechtfertigt als alles, was Sie in Ihrem Leben je getan haben."

Ley grinste: „Das Gesetz ist darüber anderer Ansicht."

„Das Gesetz! Wenn ich ein schönes Haus gehabt hätte, ein bemittelter Arzt gewesen wäre; wenn Eure parfümierten, geschminkten Mütter und Töchter mich aufgesucht hätten, wenn ich diesen „gebornen", „vornehme" Familien vor der Schande bewahrt haben würde, dann hätte sich die Justiz einen Teufel um mich gekümmert, aber ich war ein schäbiger kleiner Arzt, in der Bowery, und wenn ich ein armer Teufel von einer Frau daherkam, der nicht wußte, wie seine fünf Kinder ernähren und dem nun noch ein sechstes ..."

„Dem Gesetz nach entspricht Ihr Verbrechen der Tötung", sagte Ley gelassen.

„Gut, nennen wir es Tötung, nennen wir es Mord. Aber wer war der Mörder? Die Frau, der der größte Segen zum Fluch wird, Ihr sie und das ungeborene Kind zum Elend verdammt? Der Mann, der ein menschliches Wesen vor Not und Armut retten, eine Schande davor bewahren will, daß sie in ihrer Verzweiflung irgendwo Schurken in die Hände fällt, der ihre Gesundheit für immer ruiniert? Oder aber Ihr, die Ihr diese Ordnung gemacht habt, unter der Fruchtbarkeit zum Fluche wird, die Ihr das System aufrecht erhaltet, die Ihr . . ."

„Regen Sie sich nicht so auf, mein junger Freund, es hat gar keinen Sinn. Sie sind hier auf der „Hölleninsel", er betonte spöttisch das Wort, „werden hier bleiben bis an Ihr Lebensende. Ich rate Ihnen, die Dinge weniger tragisch zu nehmen. Sie könnten sonst tatsächlich den Verstand verlieren, und das wäre schade."

„Uebrigens sind Ihre Vorwürfe unberechtigt, Sommerville", mischte sich nunmehr der dritte Mann, der bisher geschwiegen hatte, ins Gespräch. „Sie haben hier ein ganz angenehmes Dasein, bewohnen ein hübsches Häuschen, leben gut, müssen wenig arbeiten; jeder andere an Ihrer Stelle wäre äußerst zufrieden."

„Ich bin aber ein Mensch und kein wildes Tier. Kann nicht mit ansehen, wie . . ."

„Außerdem hat Sie ja seinerzeit niemand gezwungen, den Kontrakt zu unterschreiben", warf Ley ein.

„Ihr habt mir den Revolver auf die Brust gesetzt. Was sollte ich tun? Ich war ein junger Mensch, praktizierte erst seit einem Jahr. Das ganze Leben lag noch vor mir. Ich war verlobt, wollte in zwei Monaten heiraten. Da kamt ihr. Irgendein Teufel hatte Euch mein Geheimnis verraten. Und Sie, Ley, legten mir den verfluchten Kontrakt auf den Tisch und ließen mir die Wahl: unterschreiben oder die Anklage. Zwanzig Jahre Zuchthaus. Sie malten es mir damals aus, mit allen Einzelheiten. Oder die harmlos klingende Alternative, mich auf dieser Insel, Euer „Siedlung", zu lassen, „als Arzt niederzulassen. Ich war fünfundzwanzig Jahre alt, glaubte mit dem Optimismus der Jugend, ich würde dennoch nicht ewig auf der Insel bleiben müssen. Unterschrieb." Er ballte die Fäuste, würgte erstickt hervor: „Und kam her, auf die Hölleninsel."

„Und werden hier bleiben, mein junger Freund", lachte Ley. „Machen Sie keine Dummheiten, Sie wissen, daß das Ufer bewacht ist. An eine Flucht ist nicht zu denken."

Sommerville verharrte reglos, sein Kopf war auf die Brust gesunken, er atmete schwer und keuchend.

„Ich begreife ja, daß es sogar hier, in diesem irdischen Paradies, Dinge gibt, die ihr empfindsames Gemüt peinlich berühren; deshalb nehme ich Ihnen diesen Auftritt auch weiter nicht übel. Trotzdem möchte ich Sie daran erinnern", Leys Stimme wurde schneidend, „daß ich hier der Herr bin und daß es auf unserer schönen Insel auch ein Gefängnis gibt. Und nun gehen Sie heim, junger Mann und schlafen Sie Ihren Zorn aus; wir wollen unsere Partie zu Ende spielen."

Sommerville starrte ihn einen Augenblick an und entfernte sich dann wortlos.

Ley drückte auf die Klingel; ein hagerer Mann erschien.

„Thomson", befahl Ley, „folgen Sie dem Doktor und berichten Sie mir noch heute nacht, was er getan hat. Verstanden?"

Thomson nickte: „Ja, Herr Ley."

Er verließ hastig das Zimmer und schlich hinter Sommerville her, der langsam, gebrochen, die Anhöhe hinabstieg.

„Wir müssen vorsichtig sein, Benett. Es darf keine zweite Flucht gelingen", sprach Ley zu seinem Partner.

Benett nickte. „Es war eine unangenehme Sache. Wo sich der alte Narr wohl jetzt herumtreibt?"

„Gott weiß." Ley wandte sich wieder den Karten zu: „Ich mache auf, mit fünf Dollars."

Etwa anderthalb Stunden später erschien Thomson und erstattete Bericht:

„Herr Sommerville ging langsam durchs Dorf, blieb vor dem Grünen Haus stehen. Als er sah, daß es noch erleuchtet war, pochte er an die Tür. Die alte Mutter Katie öffnete. Herr Sommerville weigerte sich, einzutreten, unterhandelte mit der Alten. Diese ging ins Haus zurück. Bald darauf erschien sie an der Tür, gefolgt von einem Mädchen. Herr Sommerville nahm den Arm des Mädchens und ging mit ihr in sein Haus. Ich folgte ihnen. Als sie an einer Laterne vorüberkamen, sah ich, daß das Mädchen Mariposa war."

Ley brach in lautes Lachen aus.

„Das also ist das Ende der Revolte! Mariposa! Ein schönes Mädchen. Er hat einen guten Geschmack, der junge Mann. Nun können wir beruhigt schlafen gehen. Mariposa wird günstig auf die Nerven des jungen Mannes wirken. Thomson, heute nacht brauchen Sie Herrn Sommerville nicht mehr zu beobachten."

Mariposa lehnt sich im Lehnstuhl zurück und schob die Röcke hoch über die schlanken Beine. Ihre schwarzen großen Augen lachten Sommerville herausfordernd an.

„Also endlich hast auch Du den Weg zu uns gefunden, Doktor", meinte sie und streckte Sommerville die schlanke weiße Hand entgegen. „Gefalle ich Dir?"

Sommerville sah ihr mit gerunzelten Brauen gegenüber und sprach kein Wort.

Mariposa wurde dieses Schweigen allmählich unheimlich. „Sag doch etwas", drängte sie, „oder ist hier eine Totenfeier?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260107-13/fragment/page=0007

Inventur-Ausverkauf!

bedeutet für uns

seit Jahrzehnten

Große

General-Säuberung

aller Bestände

Radikale Preisermäßigung!

Kein Stück im Hause, das nicht billiger ist!

Raus damit!

Billige

Schlagerpreise

die jedermann anlegen kann!

A. Goldstein

Eisleben 23

Stadt-Theater

Heute
Donnerstag 7½ Uhr
Verkaufte Braut
Ende n. 10 Uhr
Freitag 7½ Uhr
Ingeborg
Ende 10 Uhr
Sonnabend 7½ Uhr
Verkaufte Braut
Ende 10 Uhr
Die Zahlung der 2. Rate für die nächt. Sinfonie-Konzerte wird bis 9. Januar entgegengenommen.

Edison-Theater
Goethestr. 26
Nur Freitag, d. 8. bis Sonntag, den 10. Januar:
Fremdenlegionär Kirsch-Abent-Film
in 10 Akten
Legionär 11018
spricht persönlich zu dies. spannend. Film
Beide Teile in einer Vorstellung
Anfang 7 u. 9 Uhr

Leder
zu bekannt billigen Preisen 3
Sommer & Korzhals
Albrechtstr 46,
Ecke Geiststraße.

H. Mannhardt
Leipzigerstraße 11
Fernruf 4402
empfiehlt sich zur
Fassaden- Glas- Gebäude- Lack- Parkett- Teppich- **Reinigung**
Wringmaschinen
repariert und setzt neue Walzen ein
Otto Sparmann,
neben Walhalla. 3
Fernspr. 6004

Ledersohlen
Gummiabsätze
billig bei 11
Wilh. Kranig
Neue Promenade 15

Kaninfelle
gerbt und färbt auf Stunts, Zobel, Biber tritt u. Seal-electric
Sotfrian,
Bölbergeweg 7

Rohrstühle w. preiswert geflocht. **Stock,** Gr. Klausstraße 12

Motorrad 2½ PS) gebraucht, bill. zu verk. Offerten unt. Nr. 26 Verlag Klausenkampf

---

Prima Mast-Fohlenfleisch
ff. Schmer
und alles andere
Lägt: Warme Wurst
Max Frommelt
24 **Zeitz**
Parzellenstr. 15

Achtung! Achtung!
Diese Woche junges, fettes
Mastfleisch
Spezialität: **Hochfeine Bockwürst. Zervelatwurst,**
mit Speck
und ff. Warmes
Dir Nachf.,
Zeitz, Schmerenstr.

Alle Bücher
empfehlen die
Buchhandlungen
Harz 42/44
Lerchenfeldstr. 14

Burg-Theater

Gr. Gosenstraße 12 / ab Freitag:

Ein gefährliches Abenteuer
Drama in 6 Akten. Von jungen Mädchen, Elefanten und anderen wilden Tieren
Fix und Fax auf der Landpartie. 2 A
Außerdem: **Das Beiprogramm**

WALHALLA
Anfang 7⅝ Uhr
Endlosen Beifallsjubel
erzeugt allabendlich die entzückende
Anneliese von Dessau
Operette in 3 Akt. von R. Winterberg
Gewöhnl. Preise 0,60 bis 5,00 Mk.
Tageskassenab 11 Uhr Tel. 8385

Turnerbund Zeitz e. V.
Sonntag, 10. Jan., nachm. 2 Uhr bei R. Wagner
General-Versammlung
Tagesordnung
1. Mitglieder-Bewegung
2. Jahres-Turn-, Kassen- und Geschäftsbericht
3. Bericht der Revisoren
4. Turnratsersatzwahlen
5. Anträge
6. Geschäftliches
Pünktliches und vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder erwartet
Der Turnrat

T.B.Z.

Seefische billig
Volksnahrung
jedoch nicht nur billig, sondern auch nahrhaft und wohlschmeckend. Heute bereits der 3. Kühlwagon in dieser Woche eingetroffen
Unser Riesenumsatz ist der beste Beweis für die Güte, Frische und Preiswürdigkeit unserer Ware 72

Nordsee

Große Ulrichstraße, 58

Seelachs, groß, o. Kopf ... ℔	22 ₰
Kabeljau ohne Kopf mittel ... ℔	25 ₰
Schellfisch o. K., mitt. ℔	30 ₰
Goldbarsch o. Kopf ℔	30 ₰
Schellfisch o. K., groß ℔	45 ₰
Kabeljau o. K., groß ℔	40 ₰
Karbonaden braff. ℔	55 ₰

Große Auswahl täglich frischer
Räucherwaren
Besonders billig: Prachtvolle, zarte
Bratheringe
½ Pfd.-Dose, ca. 12-14 Fische ... nur **95** ₰

Sie müssen doch
mit den Massen der Konsumenten in steter Verbindung sein, wenn Sie einen schnellen und hohen Umsatz erzielen wollen. Die große Masse der Käufer rekrutiert sich aus der Arbeiterschaft, den Angestellten und Beamten. Die kommunistische Presse ist in diesen Kreisen die Führende. Benutzen Sie diese Gelegenheit zum

Inserieren!

Alle Parteischriften
empfiehlt die **Volksbuchhandlungen**
Harz 24/44 und Lerchenfeldstr. 14

Ausverkauf

Der Ausverkauf ist kurz, die Reue lang — vor dem Hochsommer gibt es keinen Räumungs-Ausverkauf mehr. Vor dieser Zeit kann keine Rede von Verkäufen zu herabgesetzten Preisen sein. Diese gelten nur jetzt, nur jetzt erwerben Sie bei mir

Alles weit unter Preis

im Bettenhaus: Kl. Ulrichstr. 2

Metall- und Holz-Bettstellen, Kind
bettstellen, Patent- u. Auflegematr
Stepp- u. Daunendecken, Diwandec
Inletts, Drelle, Bettücher, Bettwäs
Wolldecken, Chaiselongues

im Kinderwagenhaus: Brüderst

Kinderwagen, Klappwagen, Stu
wagen, Puppenwagen, Schaukelpfe
Selbstfahrer, Kinder-Tische u. -St

Bruno Pari

Fortsetzung
des großen **Inventur-Ausverkaufs** d
gesamten Lagers:
Gummiwaren, Toilette-Celluloi
Hosenträger, Dauerwäsche „Zeli
Gummi-Absätze u. Sohlen, Gumm
schwämme und Kämme
Wir gewähren während dieser Zeit eine
Rabatt von 20 Proz. bis 50 Pro
C. Klappenbach & Co
Gr. Ulrichstr. 41 Gr. Ulrichst

Bis zum 15. Januar
verkaufen wir:

Kleiderschränke	70,-	Bettstellen kompl.	85
3 tlg. Schränke	120,-	Rohrstühle pol. St.	10
3 tlg. Schränke	125,-	Chaiselongues	52
3 tlg. Schränke	130,-	Ausziehtische St.	65

Außerdem in großer Auswahl:
Küchen, Schlaf- Speise- u. Herrenzimm
sowie Einzelmöbel mit 15 Proz. Rab
Nur Qualitätsmöbel Reelle Bedienung
Romanus Skipka & Co. Halle a. d. Leipziger Str

Spendet für die Rote Hi

Trauerbrief
und -Karten
liefert sofort die Druckerei d
Produktiv-Genossenschaft fü
den Bezirk Halle-Merseburg
eGmbH., Halle (Saale), Lerchenfeldstraße
Fernruf: 1045, 1047, 2251

Restlose Räumung der bislang in der **Geiststr. 17**

zum Verkauf gestellten Waren. Wir haben diese mit den 2. Januar zurückgenommen und bringen diesen **großen Posten, sowie einen Teil unserer Läger zu fabelhaft billigen Preisen** zum Verkauf. 76

Niemand versäume diese Gelegenheit!

Die gute Dauerwäsche Marke Waschbär v. jetzt ab

Nur Kl. Berlin 2 zu erhalten

Mein **Inventur-Ausverkauf**
hat begonnen!
Schuhwarenhaus Lina Felsing
Gr. Burgstr. 4 **Weißenfels** Gr. Burgstr. 4

Konsumverein f. Deitzsch u. Umg.
e. G. m. b. H.
Bekanntmachung
Ein heißer Wunsch uns. Mitglieder erfüllt Sparmarken im Werte v. 20 ₰, 50 ₰ u. 1 ℳ Erhältlich in allen Verkaufsstellen an den Kassen
An den Genossenschaftern liegt es nun, einen Notgroschen zu sammeln
Nähere Auskunft wird in den einzelnen Verkaufsstellen erteilt
252 **Die Verwaltung**

Zeitungsträgerin
gesucht für **Biehla.** Meldung bei **R. Lehmann,** Breitestraße 4

Einladung zur öffentlichen
Stadtverordneten-Versammlung
am Dienstag, dem 12. Januar 1926, nachmittags 5 Uhr
Die Tagesordnung geht den Mitgliedern des Kollegiums zu und hängt außerdem am schwarzen Brett aus
Deitzsch, den 5. Januar 1926
Der Stadtverordneten-Vorsteher
P. Schmidt 256

Die Volksbuchhandlung Wittenberg
Jüdenstraße 10
empfiehlt politische und schöngeistige
Literatur
Sämtliche
Schul- und Schreibwaren
Außerdem 254
werden sämtliche Aufträge an
Drucksachen und Inserate
entgegengenommen

Geschäfts-Eröffnung
Hierdurch zeige ich ergebenst an, daß ich mit dem heutigen Tage im Hause **Maurerstraße 1** (Ecke Steinweg) einen der Neuzeit entsprechenden
Herren- sowie Damen-Frisier-Salon
eröffnet habe. Meine Erfahrung aus früherer Selbständigkeit dürfte für sachgemäße Bedienung Gewähr bieten. Ich bitte um Unterstützung meines neuen Unternehmens
Ernst Griesemann
73
Empfehlung: Meine früheren Geschäfte befanden sich Leipziger Straße 58, 63 und 75

Nachruf
Heute früh entschlief
schwerem Leiden, der Vor
Betriebsassistent
Wilhelm Jun
Er war ein pflichtb
und zuverlässiger Bea
dessen Andenken wir hoch
Ehren halten werden
Eisleben, den 6. Janu
Der Magist
Claus

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen e

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 1045, 1047, 2251. Unsere Vertreter stehen zu Die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260107-13/fragment/page=0008